

h. J. gewollt hat, kein militärischer Erfolg kann den Willen des deutschen Volkes erschüttern, so bald wie möglich zu einem Frieden zu gelangen, der kein Volk politisch unterdrückt und wirtschaftlich vergerichtet, keinen Zwang zu Gebietsabtretungen und Kontributionen in sich einschließt. Es sind nur dünne Schichten, deren Friedensliebe sich nach der Kriegsstärke richtet; daß sie vorhanden sind, soll aber nicht geleugnet werden. Es gibt auch hierzulande zwischen annexionistischen und anti-annexionistischen Bestrebungen Pendelschwingungen der Stimmung, die aber mit der langen Dauer des Krieges zusehends schwächer geworden sind.

Dafür bricht sich in immer weiteren Kreisen die Erkenntnis durch, daß zur Beendigung dieses Krieges militärische und politische Mittel zusammenwirken müssen. Gilt es auf der einen Seite, den Völkern im andern Lager zu sagen, daß sie tatsächlich belogen werden, wenn man sie über deutsche Friedensangebote als Zeichen des bevorstehenden deutschen Zusammenbruchs hinwegschwindeln versucht, so muß ihnen auf der anderen Seite auch begreiflich gemacht werden, daß von deutscher Seite kein Hindernis besteht, dieses sinnlose Gemetzel zu beenden.

Es ist erfreulich, daß die deutsche Antwort an den Papst nicht im Zeichen schwindender deutscher Militärfraft stehen wird, sondern im Zeichen eines deutschen Kraftbeweises. Um so offener kann sie aussprechen, daß das deutsche Volk aus diesem Kriege keinen andern Gewinn heimtragen will als den eines durch internationale Rechtsgarantien gesicherten dauernden Friedens. Lehnen die Gegner ab, so ist das ganze deutsche Volk bereit, daran mitzuhelfen, daß Riga in diesem Kriege nicht der letzte Waffenerfolg bleibt. So und nur so können Kriegführung und Politik gemeinsam das schwerste Werk, das je einem Volke aufgelegt war, erfolgreich beenden!

Die „Börsliche Zeitung“ schreibt in einer Polemik gegen das „Berliner Tageblatt“:

Unseres Wissens vertritt auch unter den Rechtspartheien des Reichstags eine sehr erhebliche und, wie wir wohl hoffen dürfen, wachsende Strömung, die zwar die Nationalität anerkennt, die nationalen Wünsche der deutschen Völkerstaaten zu erfüllen, nicht aber einseitig und ohne eine Verständigung mit Rußland. Die weitblickenden deutschen Kreise, auf die sich das „Berliner Tageblatt“ beruft, sind nicht im Zweifel darüber, daß für Deutschland die Notwendigkeit einer dauernden und vollkommenen Verständigung mit Rußland allen übrigen Wünschen und Bestrebungen vorangeht. Wir sind überzeugt, daß diese Gedankengänge sicher auch von Mitgliedern der Rechtspartheien in den erwähnten Sitzungen des Hauptausschusses klar zum Ausdruck gebracht worden sind. Wir möchten auch betonen, daß die hocherfreuliche Tatsache der Einnahme Rigas an dem grundsätzlichen Charakter dieser Erwägungen nichts zu ändern vermag.

Der „Vorwärts“ hat schon bei der Proklamation der politischen Selbstständigkeit am 5. November v. J. und seitdem unverändert die — eigentlich ganz selbstverständliche — Auffassung vertreten, daß über die kriegsbesetzten Gebiete des russischen Reichs endgültig nur in den kommenden Friedensverhandlungen entschieden werden kann. Die Lösung muß dann auf der Grundlage des von der vorläufigen russischen Regierung verkündeten und von der deutschen Regierung grundsätzlich angenommenen Friedensprogramms gesucht und gefunden werden.

Der Sieg bei Riga.

Berlin, 4. September. Der deutsche Vorstoß gegen Riga war von den Russen seit längerer Zeit erwartet. Sie fühlten sich jedoch durch die weiten Sümpfe, die die Stadt im Westen schützen, und den breiten, von sanddurchsetzten Sümpfen umgebenen Dünaström vor jeder russischen Ueberdringung vollkommen sicher. Ueberdies waren starke russische Kräfte an dieser Front zusammengezogen. Allein in dem Brückenkopf auf dem westlichen Dünanufer und den östlich anschließenden Stellungen fanden etwa 15 Infanterie-Divisionen und eine Kavallerie-Division. Noch am 31. August war man in Riga bis in die späten Abendstunden vollkommen ruhig. Das Theater spielte wie gewöhnlich. Unter der Zuschauermenge befanden sich zahlreiche Offiziere, wahrscheinlich sogar der Oberkommandierende selbst.

Bereits am 25. August hatte der Spezialkorrespondent der „Daily News“ aus Petrograd einen ausführlichen Bericht über die bevorstehende deutsche Offensive an der Rigaer Front gedruckt, indem er schrieb, daß bisher keinerlei Anzeichen vorlägen, daß die Deutschen auch nur den geringsten Erfolg erreichen würden. War man auch so auf eine deutsche Aktion vorbereitet, so wurde man dennoch durch Ort, Stunde und die Ducht, mit der sie einsetzte, vollkommen überrascht.



Die Kämpfe bei Riga und Friedrichstadt

Am Morgen des 1. September machte heftiges Artillerie- und Mörserfeuer die russischen Stellungen sturmreif; unter seinem Schutze setzte die deutsche Infanterie zwischen Borkowin und Dänhof über den Strom. Noch im feindlichen Feuer wurde mit dem Brückenbau begonnen. Nach kurzer Zeit waren

drei Brücken über die 300 Meter breite Düna fertiggestellt, über die unverweilt starke Truppenkörper auf das Nordufer des Flusses drangen, bis an den kleinen Jagel vorstießen und sich hier festsetzten. Die Russen gingen sofort von Riga aus zum Gegenangriff über. Verzweifelte Angriffe rückwärtslos eingeleiteter Regimenter folgten einander. Allein trotz aller Blutopfer gelang es nicht, die deutschen Truppen, die sich zähe an den gewonnenen Boden klammerten, wieder zu werfen.

Weiteres Vordringen ließ die Deutschen schon am 2. September den großen Jagel erreichen und am 3. konnte die große, von Riga nach Wenden führende Straße unter wirksamer Feuer genommen werden. In wilder Hast drängten hier die russischen Massen nach Nordosten, während ihre todesmutigen Nachhut zwischen den Seen und Sümpfen verzweifelt Widerstand leisteten.

Allein das Schicksal Rigas war besiegelt. Am 3. September 11 Uhr vormittags drangen die Deutschen von Südosten und Westen in die Stadt ein. Zwar waren die eisernen Brücken über die Düna gesprengt und die Holzbrücken sämtlich verbrannt, zwar brannten die Bahnhöfe und die Fabriken an beiden Düna-Ufern, allein die Russen hatten infolge des über alle Begriffe raschen und entschlossenen deutschen Vordringens keine Zeit gehabt, die Stadt planmäßig zu plündern und zu zerstören.

Die in die Hände der Deutschen gefallene Beute läßt sich zurzeit noch nicht ziffernmäßig erfassen. Deutsche Truppen aller Stämme sind an dem glänzenden Unternehmen beteiligt; auch die Kavallerie ist dabei wieder der Eigenart ihrer Waffe entsprechend verwendet worden. Die Truppen sind noch überall im Vorgehen. Von der See griff die deutsche Marine wirkungsvoll in den Kampf ein. Auf dem westlichen Düna-Ufer erfolgte noch am 3. September die Annäherung an Dünamünde, dessen westlicher Teil alsbald besetzt wurde. Alle Versuche der Russen, durch wiederholte Gegenangriffe die Kampfeslust und den Scheid der deutschen Truppen zu lähmen, scheiterten. Der deutsche Angriffsplan wurde ohne Abweichung durchgeführt.

Die Russen über ihre Niederlage.

Petersburg, 3. September. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die Offensive der Deutschen an der Front bei Riga hat am 1. September um 7 Uhr morgens mit einem Angriff auf die Stellungen bei Mezfall nach mehrstündiger Vorbereitung durch Artilleriefeuer begonnen; die russischen Truppen, welche die Düna verteidigten, gingen zurück. Den Deutschen gelang es, bei Mezfall auf Brücken auf das rechte Dünanufer überzugehen, und die russische Infanterie konnte trotz glänzender Wirkung der Artillerie, welche eine der Brücken zerstörte, den Vorstoß der Deutschen nicht aufhalten. Der Feind zieht daraus Nutzen, erweitert seinen Erfolg schnell und hat begonnen, nach Norden vorzudringen; Gegenangriffe der Russen sind erfolglos gewesen.

Die russischen Heeresberichte melden über die Ereignisse bei Riga folgendes:

Vom 2. September. Westfront: Am 1. September setzten die Deutschen nach heftiger Artillerievorbereitung über die Düna in der Gegend von Mezfall südlich von Riga, besetzten Kupferhammer und erweiterten ihren Erfolg in nördlicher Richtung. Unsere Gegenangriffe waren erfolglos. Am 2. September ergriff der Feind ebenfalls die Offensive in der Gegend der Straße von Riga. Die Kämpfe dauern noch an.

Vom 3. September. Westfront: Auf dem linken Dünanufer westlich von Riga haben unsere Truppen sich am 2. September gegen Vorstoß auf eine Linie Döberlingsschloß—Medem—Tahlen zurückgezogen. In der Richtung auf Mezfall auf dem nördlichen Ufer der Düna haben die Deutschen am 1. und 2. September hartnäckige Angriffe gemacht, besonders an der Front Stehl—Melmuger—Stribe—Laušin, sowie an der Mündung des Dger. Am 2. September gegen Abend gelang es den Deutschen, unsere Stellungen am Jagelstasse in der Gegend von Melmuger und Stribe einzubrüchen. Mehrere von unseren Truppenteilen verließen ihre Stellungen freiwillig und gingen nordwärts zurück; Versuche, die Lage durch Gegenangriffe zu retten, waren erfolglos. Angesichts der so in der Gegend von Riga entstandenen drohenden Lage wurde befohlen, diese Gegend aufzugeben.

An der übrigen Front Gewehrfeuer, am heftigsten in der Richtung auf Wina.

Amsterdam, 4. September. Der Stockholmer Korrespondent des „Allgemeinen Handelsblatt“ erzählt von russischer Seite, daß es an der Front von Riga zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen einem russischen Bataillon und einem lettischen Scharschützenbataillon kam. Viele Soldaten wurden getötet.

Demselben Korrespondenten zufolge plünderte am Tage vor der Eröffnung der Moskauer Konferenz der Böbel einen Laden mit Weiskalkofol und betraut sich suchbar. In Moskau sind infolge davon über 100 Personen an Alkoholvergiftung gestorben. Auch in der Umgebung der Stadt sollen Menschen an Weiskalkofolvergiftung zugrundegegangen sein.

Die Greuel von Kalusz.

Russische Selbstanklage.

Berlin, 3. September. Das Organ des russischen Kriegsministers „Arme und Flotte des freien Rußlands“ bringt am 17. August den nachstehenden Bericht: Die Stobkowskaja, mit Offiziersketten vor sich, hatten Kalusz genommen. Zur Befestigung der Stellung wurden zwei Infanterieregimenter in die Stadt vorgezogen. Die Brigade ergab sich, ohne auf den Befehl der Offiziere zu hören, sofort der Willkür und dem Raub. Die Soldaten wälzten sich auf der Straße und schliefen gierig den in den Minirein stehenden Alkohol. Die Offiziere durchbohrten sie mit ihren Bajonetten. Volkswirtschaftliche Maßnahmen tranken mit den Soldaten und reizten sie zu Gewalttätigkeiten auf. Die Deutschen besaßen Kalusz. Der Donner der Geschütze wurde tatsächlich überdient von dem Geschrei der Frauen, die von den Soldaten vergewaltigt wurden, und denen sie die Hände und Brüste abschnitten. Weder Greisinnen noch Kinder wurden verschont. Eine Menge Juden, Polen und Ruthenen hatten in der Hoffnung, ihr letztes Geld zu retten, ihren minderjährigen Kindern Säcken mit Geld um den Hals gehängt. Die Soldaten entleierten und beraubten die Kinder, vergewaltigten sie und verteilten sie. Auf der Straße waren Maschinengewehre aufgestellt, die alles, was am Leben war, niedermachten. Die Deutschen wühlten, was in Kalusz vorging, und beschloßen, es zurückzuerobern. Zwei Schwadronen einer kausischen Eingeborenen-Division versuchten das Blutbad zu hindern. Sie wurden nicht angehört und mit dem Bajonet bedroht! Der Offizier Dadiani erzählt, daß er bei Betreten eines Hauses die entstellten Leichen einer ganzen Familie vorfand. Die Soldaten waren gerade im Begriff, eine Frau niederzumachen. Auf seinen Ruf: „Was macht Ihr?“ antworteten die Soldaten: „Wir suchen ein Maschinengewehr“ und bedrohten den Offizier mit ihren Bajonetten. Die Deutschen näherten sich schon der Stadt und eröffneten Gewehrfeuer. Die russische Infanterie verlangte von den Kausiern, daß diese sie gegen die Deutschen verteidigen sollten. Pflichtgetreu entschlossen sich die Kausier, Kalusz bis zur letzten Möglichkeit zu halten. Am nächsten Tag war Kalusz wieder in dem Besitz der Deutschen.

Stürmer gestorben.

Petersburg, 3. September. Der ehemalige Ministerpräsident Stürmer ist im Alter von 77 Jahren an Urämie gestorben. Stürmer hat während des Krieges etwa 7 1/2 Jahre lang — von Februar bis Ende November 1916 — den Posten eines russischen Ministerpräsidenten innegehabt. Nach innen reaktionärer Bureaucrat, trug er viel dazu bei, jene Mißstimmung auch im loyalen Bürgertum zu erregen, die schließlich zum Untergang des

zarischen Regiments geführt hat, namentlich durch die Anebelung und Bevormundung der vom Bürgertum und den Semstwo geschaffenen Selbsthilfeorganisationen. Die Gründe seines endlichen Sturzes liegen jedoch auf außerpolitischem Gebiete. Stürmer galt den imperialistischen russischen Liberalen und Rußlands westlichen Verbündeten als der Friedensfreund-schaft verdächtig; man sagte ihm sogar nach, er habe den Jaren zu einem Sonderfrieden mit Deutschland veranlassen wollen. Jedenfalls hat bei seinem Sturz der englische Botschafter Buchanan stark die Hand im Spiele gehabt. Stürmers Nachfolger wurde Trepow, der dann in einer schmetternden Erörterungsrede das deutsche Friedensangebot zurückwies. Nach dem Sieg der Revolution wurde Stürmer in Anklagezustand versetzt, vor der Aburteilung zusammen mit Suchomlinow hat ihn jetzt der Tod bewahrt.

Amerika verweigert Rußland den Kredit?

Lugans, 4. September. (T.M.) Der Petersburger Vertreter des „Corriere della Sera“ drückt seinem Blatte: Die Vereinigten Staaten von Nordamerika haben der russischen Regierung den angeforderten Kredit von 5 Milliarden Dollar verweigert und als Grund ihres Verhalten die Unklarheit der Lage in Rußland angeführt. Die Finanzunterstützung der Vereinigten Staaten wird sich vorläufig auf Verträge beschränken, die in Hinblick auf die von Rußland in den Vereinigten Staaten gemachten Bestellungen gegahit werden.

Die Nachricht ist unverbürgt und daher mit einiger Vorsicht aufzunehmen, aber immerhin nicht ganz unwahrscheinlich.

Der finnische Landtag tritt nicht zusammen.

Kopenhagen, 3. September. „Berlingske Tidende“ wird über Haparanda aus Helsingfors gemeldet, daß das von Petersburg aus verbreitete Gerücht, der Landtag solle am 1. September zusammen-treten, nicht richtig ist. Die Mitglieder des Landtages hatten bereits am Mittwoch abend nach der ersten Sitzung im alten Landtagsgebäude die Heimreise angetreten. Der ganze Landtag verließ vollkommen ruhig. Der Generalgouverneur richtete einen öffentlichen Dank an die Bevölkerung für ihr ruhiges Verhalten. Es sind umfassende Maßregeln getroffen, um den Schmuggel an der finnisch-schwedischen Grenze ein Ende zu bereiten.

Gerards mysteriöser Brief.

Berlin, 4. September. (M. T. B.) Einer Neutermeldung zufolge bespricht der frühere amerikanische Botschafter Gerard in seiner jüngsten Veröffentlichung im „Daily Telegraph“ die letzte Woche vor dem Kriege und erzählt, daß er schließlich, als er eingesehen habe, daß keine Hoffnung auf eine friedliche Lösung mehr vorhanden sei, einen letzten verzweifelten Versuch unternommen habe, der in den Annalen der Diplomatie beispiellos sei. Er habe sich nämlich brieflich an den Reichskanzler gewandt und ihn gefragt, ob es denn gar nichts gebe, was die Vereinigten Staaten tun könnten, oder was er selbst zu tun vermöchte, um den schrecklichen Krieg abzuwenden. Er sei im voraus davon überzeugt, daß der Präsident alle seine Schritte im Interesse des Friedens billigen werde. Auf diesen Brief habe er nie eine Antwort erhalten. Einen Tag später sei die Kriegserklärung an Rußland erfolgt.

Gegenüber diesen Angaben ist festgestellt, daß ein derartiges Schreiben des Herrn Gerard deutscherseits niemals bekannt geworden ist. Weder Herr von Bethmann-Hollweg noch das Auswärtige Amt ist in den Besitz eines solchen Briefes gelangt.

Eine neue Entente-Konferenz.

London, 4. September. Exchange Telegram Company meldet aus Washington, es verlautet, daß wieder eine Konferenz der Alliierten in Paris abgehalten werden wird. Man glaubt, daß der Zusammenbruch Rußlands und die Frage der Zufuhr nach Italien diese Beratung notwendig mache.

Dänemark protestiert gegen die englische Neutralitätsverletzung.

Kopenhagen, 3. September. Das Bureau Rigau meldet: Aus Anlaß der während des Seegefechts vor Bjerggaard am 1. September von britischer Seite verübten Verletzung des neutralen dänischen Hoheitsgebieten erhielt der dänische Gesandte in London die Anweisung, bei der englischen Regierung bestimmten Protest einzulegen. Es wird untersucht, ob bei der genannten Gelegenheit eine Verletzung des dänischen Hoheitsgebieten auch von deutscher Seite durch Fortsetzung des Kampfes auf dänischem Seegebiet stattgefunden hat. Sämtliche geborgenen, im Dienste der deutschen Marine stehenden Personen werden interniert.

Amerika beschlagnahmt österreichische Schiffe.

Bern, 3. September. „Natin“ meldet aus New York: Die amerikanische Flotte wurde auf dem österreichischen Dampfer Martha (8400 Tonnen) gefaßt. Der vor Washington liegende Dampfer wurde vom Schiffsboard beschlagnahmt und zur Beförderung des Kriegsdepartements für Beförderung von Truppen und Kriegsmaterial gestellt. Eine amtliche Erklärung besagt: Trotzdem die Vereinigten Staaten sich nicht mit Österreich im Kriegszustand befinden, gestattet ein internationales Gesetz den Gebrauch internerter Schiffe gegen Bezahlung einer Entschädigung an den Besitzer.

Draconische Maßregeln gegen den Poststreik in Portugal.

Lissabon, 3. September. (Habasmeldung.) Ein Regierungserlaß kündigt an, daß infolge der Unterstellung der Post- und Telegraphendirektion unter die Militärverwaltung diejenigen, die ihrem Dienst länger als 48 Stunden fernblieben, als fahnenflüchtig angesehen werden würden.

Ein Dementi König Konstantins.

Die Schweizerische Depesch-Agentur verbreitet eine Kundgebung König Konstantins von Griechenland. Danach setzt der König den Angaben, die Venizelos in der griechischen Kammer über die Haltung des Königs in der auswärtigen Politik des Königreichs gemacht hat, ein formelles Dementi entgegen, da sie nicht der Wahrheit entsprechen.

Michaelis über die Schuld am Kriege.

Der Reichskanzler hat dem Direktor von Wolffs Telegraphenbureau, Dr. Mantler, seine Ansichten über die Enthüllungen aus dem Suchomlinow-Prozess in folgender Weise dargelegt:

Die Aussagen des früheren russischen Kriegsministers und Generalstabschefs sind von der größten Bedeutung. Sie sind geeignet, die feindliche Legende von der deutschen Schuld am Krieg vollends zu zerören, und sie werden die europäischen und außereuropäischen Öffentlichkeit, soweit ihr überhaupt die Berichte zugänglich gemacht werden, zwingen, ihr Urteil über Deutschland zu berichtigern. Der Zeitpunkt, zu dem die Enthüllungen erfolgen, ist um so günstiger, als wir großen Kenntnis von der amerikanischen Antwort auf die zum Frieden mahnende päpstliche Note erhalten haben. In der Note Lansing's wird die deutsche Regierung als

„eine unverantwortliche Regierung“

gekennzeichnet, die im geheimen eine Welt Herrschaft plante, die ihre eigene Zeit für den Krieg wählte, ihren Plan grausam und plötzlich ausführte, sich weder an die Schranken des Völkerrechts noch an die der Höflichkeit kehrte und einen großen Kontinent mit dem Blute nicht nur von Soldaten, sondern dem Blute schuldloser Frauen und Kinder und hilfloser Armen überströmte.

Offenbar hatte die amerikanische Regierung, als sie sich diese Anlagen aus der Verleumdungswirtschaft der Entente zu eigen machte, noch keine Kenntnis von dem Verlaufe des Prozesses gegen Suchomlinow. Sie hätte sonst doch am Ende anders geurteilt. Wer den Zeitpunkt zum Kriege gewählt hat, steht jetzt unabweisbar fest. Nicht Deutschland ist es gewesen, sondern eine Militärpartei, die den russischen Zaren umgab, und die sich im Sinne von Frankreich und England befunden hat. Der deutsche Kaiser, der vor dem Kriege, namentlich auch Russland gegenüber, bei jeder Gelegenheit deutlich seinem eigenen Friedenswillen und dem des deutschen Volkes Ausdruck gegeben hat, ist von den Ereignissen, wie allgemein bekannt, auf seiner Erholungsreise nach den nordischen Ländern überrascht worden. Bis zum letzten Augenblick hat er in seinem Telegrammwechsel mit dem Zaren und dem englischen König die ernstesten und eindringlichsten Versuche gemacht, im Sinne des Friedens zu wirken. Der Schwerpunkt der neuen Enthüllungen liegt darin, daß der Zar, der über Krieg und Frieden zu entscheiden hatte, durch die Bemühungen des deutschen Kaisers auch in der Tat zu der Ueberzeugung gelangt war, daß Deutschland den Krieg nicht wollte. Die Folge dieser Ueberzeugung war sein bindender Befehl, die russische Mobilisierung rückgängig zu machen. Aber ein paar Verbrecher, die den Zaren beloggen, haben sich über den Befehl hinweggesetzt und seine Ausführung durchkreuzt. Die Folge der Bemühungen des deutschen Kaisers war weiter die Weisung des Zaren an den General Januschewitsch, dem deutschen Vorkämpfer Grafen Pourtales Versicherungen über den Friedenswillen Russlands abzugeben. Auch die Ausführung dieses Befehls ist hintertrieben worden, und zwar durch Herrn Sjasonow, der offenbar befürchtete, daß der um die bisherige Erhaltung des Friedens verdiente deutsche Vorkämpfer daraufhin noch weitere wirksame Schritte für die Vermeidung des drohenden Krieges tun könnte.

Wer steckt hinter all diesen Leuten, die es doch wohl nicht allein aus sich selbst unternehmen konnten, die russische Großmacht und damit Europa und schließlich die ganze Welt in einen Krieg von niemals dagewesener Furchtbarkeit hineinzutreiben? Ich brauche nicht an die Beziehungen Suchomlinow's zu der

französischen Chouvinistengruppe der Herren Poincaré und Genossen

zu erinnern. Bekannt ist, daß schon die Wahl von Poincaré unter dem Zeichen eines russisch-französischen Angriffskrieges gegen Deutschland stattfand, und daß Suchomlinow damals nach Paris entboten wurde, um Poincaré die Leitung der französischen Republik in die Hand zu spielen. Damals gab Suchomlinow in Paris eine Erklärung über die Angriffskraft der russischen Armee und die Umänderung der russischen Mobilisierungspläne ab, die er kurz vor dem Kriege in den bekannten Artikeln der russischen Wochenszeitung über die Kriegsbereitschaft Russlands in herausforderndem Sinne wiederholte. Die Angriffspläne gegen Deutschland waren schon lange von einer einflussreichen politischen Gruppe in Frankreich, England und Russland vorbereitet. Was den englischen Einfluß in Petersburg während der kritischen Tage des 20. und 30. Juli betrifft, so brauche ich nur auf die Depeschen des Petersburger Reuter-Korresponden-

ten und auf den bekannten Bericht des belgischen Geschäftsträgers L'Escaille zu verweisen, aus denen klar hervorgeht, daß die Gewisheit der englischen Unterstützung die leitenden Männer Russlands in ihrem Entschluß zum Kriege bestärkt hat.

Während Russland so den Angriffskrieg in die Wege leitete und insgeheim nicht nur gegen Oesterreich-Ungarn, sondern auch gegen Deutschland mobilisierte, verjügte man Deutschland hinzuhalten und zu betrügen, um Zeit zu gewinnen, die eigenen Truppen an die Grenzen vorzuschieben zu können. Das Ehrenwort des Herrn Januschewitsch wird in der Geschichte fortleben!

Wie der damalige Militärattaché in Petersburg, Major von Eggeling, soeben telegraphisch mitteilt, bezog sich das Ehrenwort des russischen Generalstabschefs ausdrücklich auch darauf, daß bis zum 20. Juli nachmittags noch keinerlei Mobilisierungsbefehl ergangen sei. Januschewitsch versicherte dem deutschen Militärattaché, daß die beruhigenden Eröffnungen Suchomlinow's vom 27. über etwaige Mobilisierungsabsichten Russlands noch wie vor völlig zuträfen. Und dabei hatte Herr Januschewitsch den fertigen Mobilisierungsplan in der Tasche!

Ran sollte Deutschland durch

Vorschläge mit dem Haager Schiedsgericht

hinter's Wech geführt werden, während Russland eifrig daran weiterarbeitete, seine Armeen für den geplanten Angriff auf den Kriegszug zu bringen. Welche Bedeutung gewinnt in diesem Zusammenhang das Telegramm des Zaren an den deutschen Kaiser, das am 30. Juli, nachmittags 1 Uhr 30, abgeschickt wurde und über die allgemeine Mobilisierung Russlands, die nach dem bekannten Kras 1912 den Krieg gegen Deutschland bedeutete, nach wie vor die Täuschung aufrechterhalten sollte, daß die in Kraft tretenden militärischen Maßnahmen lediglich aus Gründen der Verteidigung gegen die Vorbereitungen Oesterreich-Ungarns getroffen worden seien? In der Depesche des Zaren war ferner auch die Entsendung des Generals Tatitschschew mit einem Briefe zum deutschen Kaiser in Aussicht gestellt. Wo blieb Tatitschschew? Von seiner Reise hat man nichts mehr gehört. Sollten Suchomlinow, Januschewitsch und ihre Mitverschworenen ihm an der Abreise verhindert haben, oder war auch die Ankündigung seiner Mission nur dazu bestimmt, Deutschland betrügerisch in Sicherheit zu wiegen?

Deutschland mußte in den schwersten Verteidigungskampf um sein Dasein eintreten, weil es bedroht war von seinem heute und morgenigen Nachbarn, Frankreich und England, die es gefährden wollten, und weil das Injektivum jenseits des Kanals der Ansicht war, daß es den Kampf um die Hegemonie Europas gelte, wie Sir Edward Grey sich einmal ausgedrückt hat. England wollte sich diese Hegemonie, die es gefährdet glaubte, nicht streitig machen lassen. Deshalb unterstützte es Deutschlands feindliche Nachbarn in ihrer auf den Krieg gerichteten Politik. Weber die deutsche Regierung nach das deutsche Volk, das seinem Reichsoberhaupt in gegenseitiger unverbrüchlicher Treue ergeben ist, war damals oder zu irgendeiner anderen Zeit von den ihm angebotenen Wacht- und Eroberungsgeleiten befreit. Wäre das Gegenteil wahr, so hätte Deutschland sich in den dreißig Jahren, die zwischen dem Ende des letzten Krieges mit Frankreich und dem Ausbruch des heutigen Weltkrieges lagen, gewiß nicht die mehr als einmal gebotene Gelegenheit entgehen lassen, den Kampf unter weniger schwierigen Umständen zu beginnen. Es hat in jenem Abschnitt der Geschichte Europas Zeiten gegeben, wo Frankreich so gut wie ohnmächtig war. Es hat auch Zeiten gegeben, wo England, und wieder andere, wo Russland durch kriegerische Verwicklungen außerhalb Europas gelähmt war. Trotzdem hat unsere Hand nicht zu dem Schwerte gegriffen, das Deutschlands bedrohte Lage im Herzen Europas — wie Lloyd George einst selber zugestand — uns scharf zu erhalten zwang.

Nichts anderes als der freibehaltene Wille feindlicher verbrecherischer Kriegstreiber hat uns in den blutigen Verteidigungskampf um Leben und Freiheit hineingezwungen. An dieser durch Suchomlinow und Januschewitsch jetzt erneut bestätigten geschichtlichen Wahrheit kann keine amerikanische Note etwas ändern. Und ebenso wenig wird eine solche Note auch unseren festen Willen erschüttern, in treuer Gemeinschaft zwischen Arone, Regierung und Volk das Kriegsziel zu erkämpfen, für das unsere Helden nun schon mehr als drei Jahre lang ringen und bluten: Die Wahrung unseres heiligen Rechts auf Deutschlands Unversehrtheit und auf die Freiheit seiner gesicherten friedlichen Weiterentwicklung.

Kapstadt auf der Fahrt von Kapstadt am 10. August mit voller Ladung gesunken. Von den 97 Passagieren sind 17 ertrunken. Das Untersuchungsgericht stellte als Ursache des Aufstaus auf eine Mine fest. Dem Kapitän wurde sein Fahrterlaubnischein auf 6 Monate entzogen.

Kleine Kriegsnachrichten.

Verurteilung eines englischen Pazifisten. London, 4. September. Reutermeldung. Morel, dessen Verhaftung bereits gemeldet wurde, ist zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Die „Kreuztg.“ für Reichstagsauflösung.

Die Wähler in Feldgrau.

Die „Kreuztg.“ gibt eine „Miles“ (Soldat) unterzeichnete Zuschrift wieder, in der energisch die Reichstagsauflösung verlangt wird. Der Verfasser findet, die Verwirrung habe den höchsten Grad erreicht und die Wirkung davon auf die große Masse könne verhängnisvoll werden. Dann fährt er fort:

Der Vergleich der politischen Lage mit dem gordischen Knoten ist daher voll berechtigt, und es liegt nahe, die Lösung zu wünschen, die Alexander dafür fand. Das Schwert Hindenburg's kann und wird diese Lösung bringen. Aber leichter und schneller und mit weniger Opfern, wenn auch der Kanzler nach Alexanders Vorbilde handelt und — den Reichstag auflöst. . . .

Dringender und zwingender war es nie als jetzt den Reichstag aufzulösen, und die Vorgänger unseres jetzigen Kanzlers sind doch dazu geschritten. Kein einsichtsvoller Vaterlandsfreund wird es bedauern, wenn die überlauten Stimmen verstummen, die sich Rechte anmaßen, die ihnen nicht zukommen, die uns führen wollen, obwohl wir ihre Führung durchaus ablehnen, die die Monarchie in die Erde stellen und alle Grundlagen zerstören wollen, auf denen der preussisch-deutsche Staat in schwerer Arbeit, langen Mühen und heißen Kämpfen errichtet wurde.

Sie haben recht, Herr Kanzler: das Haus brennt, auch in diesem Sinne. Schicken Sie die Brandstifter nach Hause!

Wir können nur nochmals sagen: Der Ruf nach Reichstagsauflösung während des Krieges ist von der Rechten erhoben worden und wird von ihr mit steigendem Nachdruck wiederholt. Die sozialdemokratische Partei lehnt die Verantwortung für die Folgen dieser Anregung ab, kann sich aber als demokratische Partei ihr selbst unmöglich entziehen. Entschiedenem Einspruch muß sie nur gegen die Absicht erheben, die von den

„Berliner Neuesten Nachrichten“ unvorsichtigerweise ausgeplaudert wird, die Soldaten vom Wahlrecht auszuschließen. Vor einer Auflösung muß vom Reichstag ein Gesetzentwurf verabschiedet werden, der das Wahlrecht der Staatsbürger in Feldgrau regelt und sicherstellt!

Alldeutsche Methode.

Unsere Liste alldeutscher Fälschungen erhält wieder einen beachtenswerten Zuwachs. Die „Deutsche Tageszeitung“ bringt in Nr. 450 vom Dienstag einen Leitartikel „Was das Ausland sieht und denkt“. Unter ihren Zeugen für die Stimmung des Auslandes figurirt zunächst — der alldeutsche-holsteinische Petrograder Adressat des „Berliner Lokal-Anzeigers“. Daß dieser für Kerenski's Kruste und Galgen schwärmende Anhänger Lenins ungefähr die dumme und plumpe Erfindung des Jahrhunderts ist, haben wir gestern schon dargelegt. Doch das nur nebenbei. Denn jetzt kommt erst der Hauptzeuge für die blutige Stimmung unserer Feinde. Lassen wir die „Deutsche Tageszeitung“ selber reden:

Ein früherer Liebling des „Berliner Tageblattes“ und des „Vorwärts“, und wer dazu gehört, der frühere Pazifist und Sozialist und Dichter und Satiriker und vielleicht noch vieles andere, Herr Bernhard Shaw, hat vor einigen Tagen erklärt: „Und wenn wir die Deutschen besiegen, dann werden wir ihnen bei lebendigem Leibe die Haut abziehen und niemandem gestatten, uns daran zu hindern. Keine Agitation von Sozialisten, Pazifisten oder wer immer, wird uns daran hindern, den größtmöglichen Nutzen aus unserem Siege zu ziehen. Wenn nicht, warum schlagen wir uns eigentlich?“ Dem braucht nichts hinzugefügt zu werden.

O ja, dann braucht doch etwas hinzugefügt zu werden, sofern man nicht absichtlich sein Publikum täuscht und irreführt. Nämlich diese Worte Bernhard Shaw's, der heute noch mutig in England als Sozialist und Pazifist wirkt, sind herabgerissen — aus einer blutigen Satire Bernhard Shaw's auf die englischen Eroberungspolitiker, denen Shaw diese geschwollenen Phrasen in den Mund legt, um sie dadurch der verdienten Lächerlichkeit preiszugeben. Shaw's eigene, wirkliche Meinung ist natürlich die genau entgegengesetzte. Das ganze ist ebenso gemein, als wenn der „Vorwärts“ etwa den alldeutschen Stil travestierend schriebe: „Alles sozialistische Friedensgewinsel wird uns nicht hindern, den Krieg fortzuführen, bis wir alle Engländer zerhackt und gebieret und die Welt vom Nord- bis zum Südpol erobert haben.“ Die „Deutsche Tageszeitung“ aber schämt sich nicht, ihren Lesern diese Satire als die ernste, wirkliche Meinung Shaw's aufzutischen.

Nachdem wir den Schwindel aufgedeckt haben, bleibt uns bloß noch übrig, seinem Urheber der Dessenlichkeit bekannt zu geben: Der Artikel der „Deutschen Tageszeitung“ ist gezeichnet von — Graf Ernst Reventlow.

Heydebrand prophezeit wieder.

Auf einer Sedanfeier in Wittich hat Herr v. Heydebrand das Wort zu einer Rede ergriffen, über die in alldeutschen Blättern ausführlich berichtet wird. Politisch belangt sie nicht viel Neues; sie enthält die bekannten alldeutschen Anklagen gegen die Reichstagsmehrheit, der Herr v. Heydebrand „Expresstaktik“ vorwirft. Dann folgen wieder Prophezeiungen über die Wirkungen des U-Boot-Krieges. Herr v. Heydebrand hat schon einmal den Zusammenbruch Englands innerhalb zweier Monate durch den U-Boot-Krieg prophezeit. Seitdem sind reichlich vier Monate verstrichen, aber dieser Mißerfolg scheint Herrn v. Heydebrand's Zuversicht zu seiner Prophezei nicht beeinträchtigt zu haben. Jetzt prophezeit er allerdings nur in bedingter Form: wenn der U-Boot-Krieg bereits ein Jahr früher begonnen hätte, dann wäre heute der Frieden schon da. Das läßt sich ja nun ebenso schwer beweisen wie widerlegen. Dann aber spricht Herr v. Heydebrand die Ueberzeugung aus, daß über diesen Winter hinaus, vielleicht sogar über dieses Jahr hinaus, der Krieg nicht dauern kann. „Der schwere Druck, der auf unsern Gegnern lastet, wird wohl ein Ende bringen.“ Und in Zuversicht hierauf fordert Herr v. Heydebrand weitgehende Annexionen. — Wenn nun aber auch dieser Winter nicht den Zusammenbruch der Gegner bringt, will dann Herr v. Heydebrand seinen Wechsel abermals prolongiert haben?!

Neue Märsche des „Lokal-Anzeigers“.

Seitdem der „Berliner Lokal-Anzeiger“ unter schwerindustrieller Herrschaft geraten ist, erfindet er täglich albernere Geschichten zur Verherrlichung des Alldeutstums. Auf den für Kerenski's und Kononen schwärmenden bolschewistischen Rechtsanwalt folgt jetzt ein Telegramm des „Daily-Telegraph“-Korrespondenten in New York. In diesem angeblichen Telegramm steht: In Washington wären vertrauliche Berichte eingegangen über einen Bruch der deutschen Reichstagsmehrheit mit der Admiralität wegen des U-Boot-Krieges.

Jeder Vernünftige würde über dies Sensationstelegramm die Achseln zucken und es lächelnd zu dem übrigen vielen Unsinn legen, den unsere Feinde bereits über die inneren deutschen Verhältnisse gefaselt haben. Der „Lokal-Anzeiger“ aber steht in dem Sensationsschwindel des „Daily-Telegraph“-Korrespondenten ein besorgniserregendes Zeichen, wie jene tiefbedauerlichen Vorgänge im Hauptauschuß gewirkt haben und wie sie dort ausgenutzt werden, um die Kriegsstimmung lebendig zu halten.

Wenn nächsten ein „Daily-Telegraph“-Korrespondent an sein Blatt drahten sollte, daß ein Redakteur des „Berliner Lokal-Anzeigers“ von der Journalistentribüne herab eine Bombe in den Reichstag geschleudert habe, so werden wir darlegen, daß solche Gerüchte im Auslande ganz allein auf die Schreibweise des „Lokal-Anzeigers“ zurückzuführen seien. Das wäre ja ungefähr dieselbe Logik.

Wurgfriedenswahl. Ahweiler, 4. September. Amtliches Wahlergebnis. Bei der Reichstagswahl im Wahlkreis Ahweiler-Wachen 5 am 30. August wurden für Sozialistischer Johann Schmitz-Andersnach (S.) 5005 Stimmen, für Leutnant Peters-Mahen (S.) 56 Stimmen abgegeben. Schmitz ist somit gewählt.

Letzte Nachrichten.

Erbitterter Kampf um den Monte Gabriele.

Wien, 4. September. Aus dem Kriegspressequartier wird vom 4. September mitgeteilt: Um den Monte Gabriele wird mit größter Erbitterung gekämpft.

Raffenerkrankung an Fischvergiftung.

Breslau, 4. September. Die „Breslauer Zeitung“ berichtet: Im Markteffekt zu Boguski (Oberschlesien) erkrankten 60 Personen, die ein Rundergericht aßen, an Uebelkeit und Erbrechen. Sieben Personen sind bereits gestorben, während 27 schwer krank dabeiliegen.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 3. September. Im Armei-Kanal, an der englischen Westküste und in der Nordsee wurden durch unsere U-Boote wiederum fünf Dampfer und ein Segler

versenkt, darunter der bewaffnete englische Dampfer Palatine, Ladung 3000 Tonnen Kohlen, sowie drei weitere bewaffnete Dampfer, von denen zwei als englische ausgemacht wurden. Ein tiefbeladener Dampfer wurde aus Geleitzug herausgeschossen. Der Kapitän des bewaffneten englischen Dampfers Palatine wurde gefangen genommen. Eine englische U-Boots-Falle in Gestalt eines etwa 2000 Tonnen großen Dampfers, die mit vier verkappten Geschützen armiert war, wurde durch drei Artillerietreffer beschädigt.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Erfolge eines österreichischen U-Boots.

Wien, 4. September. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet: Eines unserer Unterseeboote, Kommandeur Vinienschiffleutnant Ritter von Trapp, von einer mehrstägigen Unternehmung im Mittelmeer zurückgekehrt, versenkte in dieser Zeit an

30 000 Brutto-Register-Tonnen

feindlicher Handelsschiffe. Der französische bewaffnete Dampfer Constance von 2460 Tonnen Raumbesatz, mit Stückgut geladen, wurde aus einem von U-Bootjägern gesicherten Geleitzug mit Torpedo herausgeschossen, ebenso der englische bewaffnete Dampfer Kilwinning (3071 Tonnen) mit Munition an Bord. Ein weiterer etwa 8000 Tonnen großer, anscheinend englischer, Dampfer und der bewaffnete Dampfer Kairn von 3700 Tonnen wurden aus einem durch Fischdampfer gesicherten Konvoi, nachdem diese durch Feuergefecht vertreiben worden waren, mit Torpedoschuß in die Tiefe gesenkt. Als letzte Beute fiel dem Unterseeboot ein unbekannter bewaffneter Dampfer von 10 000 bis 12 000 Tonnen zum Opfer, der, trotz Beschädigung des Unterseebootes durch zwei im Konvoi mitfahrende Dampfer, die durch zwei Torpedofahrzeuge der Fogelbalkasse geschützt waren, durch zwei Torpedotreffer und Artilleriebeschädigung in Grund geböhrt wurde.

Minen am Kap der Guten Hoffnung.

Kapstadt, 3. September. (Meldung des Reuterischen Bureaus.) Der Liniendampfer Cith of Athens ist auf der Höhe von

Gewerkschaftsbewegung

Deutsches Reich.

Der Verband der Hausangestellten im Jahre 1916.

Die Agitation für diese Organisation ist durch den Krieg ziemlich gelähmt. Im Jahre 1916 wurden Petitionen um Aufhebung der Besondereordnungen an den preussischen Landtag wie an den Reichstag gerichtet. In beiden Körperschaften wurde darüber verhandelt, ohne daß ein anderes Ergebnis erzielt wurde, als — Ueberweisung der Petitionen an die Regierung als Material. Weiter richtete der Verbandsvorstand Eingaben auf Erhöhung des Kostgeldes an die zuständigen Stellen der Städte mit der Begründung, daß heute bei der allgemeinen Preissteigerung der Lebensbedürfnisse eine Erhöhung des Kostgeldes unbedingt erforderlich sei. Leider wurden Eingabe wie Begründung nicht an allen Orten gleich gewürdigt und es war der Erfolg daher nur sehr minimal. Die Antworten der einzelnen Stadtgemeinden sind in der Nummer des Zentralorgans des Verbandes wörtlich bekanntgegeben. Durch die Rechtschutz-, Rat- und Auskunftstellen, die in einzelnen Ortsgruppen eingerichtet sind, wurden auf gutlichem Wege 2774 M. herausgeholt; durch Inanspruchnahme der Gerichte wurden noch weitere 451 M. für die Mitglieder gerettet. Rat und Auskunft wurde an 3932 Mitglieder in den einzelnen Ortsgruppen erteilt.

Die Mitgliedszahl des Verbandes ist in allen Ortsgruppen, mit Ausnahme von Kiel, München und Rastenburg, zurückgegangen und dementsprechend auch die Einnahmen an Eintrittsgeldern und Beiträgen um 1495,55 M. Große Scharen früherer Hausangestellter sind jetzt im industriellen Leben untergetaucht und schaffen und werken als Arbeiterinnen der Rüstungsindustrie.

Der Verband der Hausangestellten wird nach Beendigung des Krieges große agitatorische Arbeit leisten müssen, um die Berufscolleginnen zu sammeln und in gemeinsamer Arbeit den Hausangestellten in der Organisation ein Bollwerk zum Schutze ihrer Interessen zu bauen. Alle organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen werden gebeten, mit an dem Ausbau des Zentralverbandes der Hausangestellten durch Zuführung neuer Mitglieder zu arbeiten.

Ausland.

Die österreichischen Gewerkschaften im Jahre 1916.

Der innigen Verknüpfung der Gewerkschaften mit dem Wirtschaftsleben entspricht es, wenn alle auf diese wirkenden Einflüsse auch an jenen nicht spurlos vorübergehen. So wie jede Wirtschaftskrise sich in der Tätigkeit und der Entwicklung der Gewerkschaften bemerkbar macht, so mußte erst recht die ungeheure wirtschaftliche Erschütterung, die der Krieg auslöste, an ihnen zur Erscheinung kommen. Das hat sich wie an den deutschen, so auch an den österreichischen Gewerkschaften gezeigt, die jedoch ihren Wirtschaftsbereich für das Jahr 1916 veröffentlichten. Danach haben sich die österreichischen Gewerkschaften von einem Kriegsjahr zum andern mehr und mehr gefestigt, um im Jahre 1916 wieder einen Stand zu erreichen, der ungetrübte Befriedigung hervorgerufen geeignet ist.

Das erste Kriegsjahr (1914) zeigte, trotzdem es nur fünf Kriegsmomente umfaßte, den größten Mitgliederverlust, der nicht bloß auf die allgemeine Mobilisierung zu Kriegsbeginn, sondern auch auf die geistigen Erschütterungen zurückzuführen war; schon das zweite Kriegsjahr (1915) jedoch ließ eine merkliche Verjüngung erkennen, die sich in einem absoluten und relativen Anstieg des Mitgliederverlustes bemerkbar machte, und das dritte Kriegsjahr (1916) läßt diesen Anstieg bei den männlichen Mitgliedern hinter der beläufigen Zahl der in diesem Jahre zum Kriegsdienst Einberufenen weit zurückbleiben, während er bei den weiblichen Mitgliedern sogar von einer Zunahme abgelöst wird. Die betreffenden Zahlen aus den drei Kriegsjahren, die diese Entwicklung recht deutlich sichtbar machen, sind folgende: Die Zahl der Mitglieder betrug

am Ende des Jahres	männliche	weibliche	zusammen
1913	372 216	42 979	415 195
1914	310 421	30 290	340 711
1915	151 424	25 689	177 113
1916	138 789	28 148	166 937

Der Verlust im dritten Kriegsjahre beträgt also nur noch 10 170 gegen 63 568 im zweiten und 174 514 im ersten Kriegsjahre. Der Verlust an männlichen Mitgliedern erklärt sich zur Genüge aus den massenhaften Einberufungen zum Kriegsdienst, von denen sicherlich weit mehr Gewerkschaftsmitglieder betroffen wurden, als dieser Verlust ausmacht. Man erinnere sich nämlich daran, daß die Zahl der zum Kriegsdienst Einberufenen Ende 1915 schon rund 200 000 betrug; die Wirkungen der Verlängerung der Landsturmpflicht vom 42. bis zum überlieferten 50. Lebensjahre sich erst im Jahre 1916 äußerten, was die Gewerkschaften abermals viele Tausende Mitglieder kostete und denke schließlich an die fortgesetzten Musterungen und Einberufungen auch jüngerer Jahrgänge, während die Entlassungen vom Kriegsdienst nur sehr spärlich vor sich gehen — und man wird erkennen, daß die Zahl der Einberufungen sicherlich die der Verluste unter den Gewerkschaftsmitgliedern bedeutend übertrifft.

Noch mehr als die Mitgliederbewegung zeigt die Finanzlage der Gewerkschaften im Jahre 1916 die aufsteigende Entwicklung an. Die katastrophale Arbeitslosigkeit, von der der Kriegsbeginn begleitet war, und das plötzliche Sinken der Einnahmen aus Mitgliederbeiträgen hatten im Jahre 1914 einen Gebirgsabgang von rund 1 648 000 Kronen zur Folge gehabt; das zweite Kriegsjahr hatte insofern eine Besserung gebracht, indem zwar noch immer ein Abgang zu verzeichnen war, der sich jedoch schon auf die verhältnismäßig geringe Summe von rund 15 500 Kronen reduziert hatte. Das dritte Kriegsjahr (1916) zeigt nun seit dem Jahre 1912 zum erstenmal wieder einen Ueberfluß, und zwar beträgt er rund 170 000 Kronen. Ist auch diese Summe keine verhältnismäßig überaus große, so kommt ihr doch eine gewisse Bedeutung zu wegen der Wandlung, die daraus hinsichtlich der Finanzlage der Gewerkschaften erkennbar wird.

Der günstige Abschluß ist nicht auf erhöhte Einnahmen zurückzuführen, sondern beruht auf der Verringerung der Ausgaben während der Kriegszeit. Die einzelnen Unterstützungen erforderten: Arbeitslosenunterstützung rund 200 000 Kronen gegen 2 204 000 Kronen im Jahre 1913, Kranken-, Invaliden- usw. Unterstützung 968 000 Kronen gegen 1 690 000 Kronen im Jahre 1913. In ähnlicher Weise sind die Ausgaben für alle Unterstützungen herabgegangen.

Die Fachpresse erscheint in 46 deutschen Organen mit einer Auflage von 164 580 Exemplaren; tschechische Blätter werden 29 aufgeführt mit 27 220 Exemplaren. Von den deutschen Blättern wurden aber während des Krieges drei, von den tschechischen acht gänzlich eingestellt, andere erschienen in längeren Zeiträumen. Von den polnischen Fachorganen erscheint nur eins, der „Bergarbeiter“ (Gornik) weiter, mit nur 1250 Exemplaren.

Obgleich der Krieg auch in den österreichischen Gewerkschaften große Störungen und Hemmnisse herbeigeführt hat, kann doch gesagt werden, daß sie die Belastungsprobe bestanden haben, und daß es schon jetzt wieder aufwärts geht.

Parteinachrichten.

Die „unabhängige“ Dilsstruppe der Konservativen.

Die „Leipziger Volkszeitung“ bemerkt zu dem Artikel des Genossen David über die von annexionistischen Presse in den Vordergrund gehobene Reichstagsauflösung:

„Wir vergeuden diesen Davidischen Kampfrauf, weil er einen tiefen Einblick in die Seele unserer Regierungsozialisten tun läßt. Arm in Arm mit Zentrum und Fortschrittler fordern sie ihre Gegner in die Schranken. Sicherlich ist dieser Davidische Plan nicht bloß für den Fall einer Auflösung während des Krieges gedacht.

Dies offenbart sich das innerste Sehnen der Amlerner. Sie denken nicht bloß gegen die Gegner von rechts, sondern auch gegen die von links, gegen die Unabhängige Sozialdemokratie sich durch ein Bündnis mit den bürgerlichen Parteien der Mitte zu sichern. Wir können dies Eingeständnis der Schwäche mit Genehmigung verzeichnen. Wir werden das unsere tun, daß diese Verankerung auf Gegenseitigkeit bei den nächsten Wahlen auf eine recht harte Probe gestellt wird. Daß die Herren auf der Rechten keine Seide spinnen, dafür wird natürlich auch kräftig gesorgt werden.“

Genosse David hat sich mit den sogenannten Unabhängigen überhaupt nicht befaßt, einmal, weil sie sehr viel weniger Bedeutung besitzen, als sie wahr haben wollen, dann, weil sich ein Wahlkampf unter den gegebenen Umständen gegen die Rechte zu führen hat. Die Mehrheit verfolgt zwei Ziele: Verständigungsfrieden und Landesverteidigung. Sie hat keinen Anlaß, die Unabhängigen zu belämpfen, solange sie in Wort und Tat dieselben Ziele verfolgen und sich hüten, den ausländischen Imperialisten als Kronzeugen gegen Deutschland zu dienen. Die „Leipziger Volkszeitung“ weiß dies sehr wohl. Trotzdem verspricht sie — die angehängte Kampfansage gegen die Rechte ist eine leere Floskel, weil sich Konverbative und Unabhängige nicht als Gegenkandidaten gegenüberstellen zum Inhalt der Wahlagitacion machen werden. So hat ein unglaublich bornierter Parteihaf die „Unabhängigen“, denen es mit dem Frieden nicht schnell genug geht, zu Kämpfern gegen die Mehrheitsparteien und zu Helfershelfern der Amlerischen gewandelt!

Unabhängige in Trauer um Bethmann Hollweg.

Anläßlich schreiben wir, daß in Deutschland die Mehrheitsparteien geschlossen wären und Boden gewinnen, während in Frankreich der positivistischer Reigungen verdächtige Rath gehen mußte. Der brave „Gothaer Generalanzeiger“ — ein aufgeregtes unabhängiges Organ, wie für die unglücklichen Leute, die ihn nicht kennen, bemerkt sei — knüpft daran entrüstete Fragen:

„Ist nicht auch Bethmann Hollweg zur Einreichung des Rüdrittsgefuges veranlaßt worden, weil er im Verdacht positivistischer Reigungen stand? Kann man den „Vorwärts“ nach den vorstehenden Leistungen noch ernst nehmen?“

Ei der Haul! Die Unabhängigen im Trauergefuge um Bethmann Hollweg — dieselben Unabhängigen, die die Einheit der deutschen Arbeiterbewegung zerschlagen, weil die Sozialdemokratie Herrn von Bethmann Hollweg nicht als leibhaftigen Gottseibeiuns versuchte!

Freie Vereinigung der Krankenkassen der Provinz Brandenburg.

Die schweren wirtschaftlichen und sozialen Schäden, vor allem aber die gesundheitlichen Schäden, die der zerstörende Krieg dem Volke in drei Jahren geschlagen hat, gibt den sonst schon so wichtigen Tagungen der Krankenkassen ganz besondere Bedeutung. Dementsprechend war die Tagung der freien Vereinigung am 3. September in Cottbus von Ortskrankenkassen auch zahlreich besucht. Von Berlin und seinen Vororten hatten 40 Kassen (davon 27 Ortskrankenkassen) Vertreter entsandt, der andere Teil der Provinz hatte von 39 Kassen Vertreter geschickt. Insgesamt vertraten 139 Delegierte 107 647 Mitglieder. Reichs- und Landesversicherungsanstalten hatten ihr Fernbleiben mit Arbeitsüberlastung entschuldigend, für die Stadt Cottbus war der Vertreter des Versicherungsamtes erschienen.

In seinem Geschäftsberichte, der auf die großen Läden in den Reihen der Kassenmitglieder hinwies, teilte Herr Simonowski-Berlin mehrere Beiträge zur Preisprüfung mit, die er jetzt am 1. Oktober eingereicht würde. In sechs Bezirkskonferenzen haben wertvolle Ausprüche vor allem über Erfahrungen in den Kriegsjahren und über die Aufgaben der Kassen nach dem Kriege stattgefunden. Der Rabatt auf Salvarian sei auf 50 Proz. herabgesetzt worden. Die Kassen sollten in der Verwertung aufklärender Broschüren über die Gefahren und Verhütungen von Alkoholismus, Tuberkulose, vor allem aber der Geschlechtskrankheiten, nicht so sehr an die Ausgaben, sondern an die Aufklärung über Volksleiden denken. Der Vorstand werde mehr hygienisch aufklärende Vorträge in der Provinz veranlassen, nur von Ärzten, und in städtischen Räumen. Den Mitgliedern sollten die Kassen belehrende sozialpolitische Vorträge halten lassen. — Aus Herrn Wendings Vortrag über Satzungsänderung ist neu die Veranstaltung von Ausstellungen durch den Hauptverband der Ortskrankenkassen und der Errichtung eines Vereines des Vorstandes. Sonst sind nur unwesentliche Veränderungen. Zwei Änderungsanträge sollen beim Hauptverband gestellt werden: Auch Unterverbände mit weniger als 200 000 Mitgliedern sollen im Beirat vertreten sein können, auch sollen die Unterverbände eigene Arzneiprüfungstellen einrichten dürfen. Derselbe Redner berichtet ferner über die Gründung einer Ausstellungsbewegung im Hauptverbande. Ihre Veranstaltungen erfüllen künftig eine Aufgabe, die eigentlich Sache des Reichsversicherungsamtes wäre. Vor allem gelte es, aufklärend über Seuchen und Volkskrankheiten zu wirken durch Vorträge und Demonstrationen. Auf die Kassen solle aber vorbildlich gewirkt werden, wie man die Kassenmittel auch über die gesetzlichen Mindestleistungen hinaus verwende, z. B. durch Errichtungen von Kliniken, medizinschirurgischen Instituten. Die Kassen müssen die Pioniere für den Fortschritt auf diesem Gebiete der Gesetzegebung sein. Direktor Kohn-Berlin teilt mit, daß drei bedeutende Vereinigungen demnächst hervorragende inematographische Veranstaltungen hervorgehen werden, als bestes Mittel zur Aufklärung über Volksleiden und Volkskrankheiten. Mit Kinofolien sollten die Kassen am Orte Abmachungen treffen, daß ihre Mitglieder jene Vorstellungen billiger besuchen können. In Berlin habe man das mit Erfolg getan.

Hierauf berichtet Herr Koblentz über seinen Vorschlag zur Durchführung einheitlicher Jahresberichte der Kassen. Viel Ballast könnte jetzt aus den Berichten entfernt werden, z. B. Ausführung von Kassenkolonnen der Ausschußmitglieder, lange Entscheidungen, die in Fachzeitschriften gehören. Aber hinein muß folgendes in die Berichte: daß sie Einblicke gewähren in die wirtschaftlichen, sozialen und beruflichen Ursachen der Krankheitserscheinungen. Die Bewegung der Grundlöhne, der Entlohnungen, der Sterbefälle müssen besser erstellt werden. Die Feststellungen müssen sich erstrecken z. B. auf Stellungswechsel, Altersbeschäftigung, Dauer und Art der Krankheit, Häufigkeit der einzelnen Krankheiten auf die Geschlechter, der Altersgruppen, Zusammenhang von Altersgruppen und Krankheitsart und Häufigkeit, Wirkung der Wochenhilfe auf Mutter und Kind usw. Der Entwurf des Redners wird, nachdem eine Kommission geprüft haben wird, den Kassen zum Studium, zur Aussprache zugehen.

Einem wichtigen Protest schließt sich die Tagung an, die einem Vortrage von Direktor Kohn zustimmt. Er referiert über die Ritterschaftsversicherung und die Stellungnahme zu den Absichten des Vereins für Säuglingschutz. Während alle Welt einig sei für Ausdehnung des Säuglingschutzes läme unvermutet vom Verein für Säuglingschutz eine große Gefahr. Jetzt schon haben wir eine in jeder Richtung nachteilige Verteilung, also Zerspaltung der Versicherungszweige. Da forderte Dr. Wehr von Binnow auf der Karlsruher Tagung der sonst verdienstlichen Vereinigung für Säuglingschutz eine neue Zerspaltung in Gestalt einer abwärtsgehenden Reichsmutterversicherungs-kasse. Jawohl! Mehr Schutz für Mutter und Säugling, so sagen auch wir, dann aber soll man sie den Kassen, denen

man schon die Wochenhilfe mit Erfolg übertrug, auch weiter übertragen, anstatt eine ausgedehnte Ritterschaftsversicherung, einem neuen, gar dem fünften Zweige der Versicherung zu übertragen. Hiergegen müssen die Kassen durch den Hauptverband in einer Eingabe energig Protest bei der Reichsregierung einlegen. — Nach einem Vortrage über Apothekerfragen schließt sich die Versammlung unter lebhafter Bewegung einem Vortrage und Vorschläge des Herrn Direktors Kohn an. Es war ein leidenschaftlicher Protest gegen die Herausgabe von Gerste zu Brauzwecken. Gegenwärtig sei für die arbeitende Bevölkerung nichts so notwendig, wie Brot. Dennoch habe man 1916 nicht weniger als 6 300 000 Zentner, während der Kriegszeit gar 45 Millionen Zentner dem Braukapital ausgeliefert. Seit Wochen rüstet es wieder und es findet dienstwillige Zeitungen für dieses Kapitel, nicht für Volksinteressen. Dem Volke sind aber Gersten nötiger als Bier. Solange die Lebensmittel nicht ausreichend sind, darf kein Körnchen in Alkohol verwandelt werden. Keine Lüge in unserer Volksernährung, keine neue Gefahr für Gesundheit und Ernährung unseres Volkes. Darum werden wir sofort eine Eingabe an den Reichstag richten wegen Nichtherausgabe von Gerste an das Braukapital.

Hierauf wird der Vorstand wiedergewählt und ihm der nächste Tagungsort zur Wahl überlassen. Zum Schluß fordert Koblentz-Berlin noch einmal eindringlich auf zum Anschluß an die neue Preisprüfungsstelle.

Industrie und Handel.

Um den freien Handel.

Eine große Reihe von kaufmännischen Organisationen sind in letzter Zeit kräftig für die Wiedereinführung des Handels in seine alten Rechte eingetreten, haben aber ihre Bemühungen durch übertrieben radikalen Stand selbst entwertet. Wenn z. B. der Deutsche Handelskongress verlangt, daß der Zahlungsvorbehalt der jetzigen Bindungen entfallen werde, so ist das zwar ein Ziel aufs innigste zu wünschen, aber jeder Vernünftige und mit der Materie Vertraute weiß, daß es leider nur allzu lange dauern wird, ehe die Welt im Auslande frei angeboten werden kann und daß jede vorzeitige Befreiung des Zahlungsvorbehalt von seinen jetzigen Fesseln unendlichen Schaden anrichten und eine dauernde und befriedigende Lösung dieses schwierigen Problems verzögert würde. Die Handelskreise verschließen sich aber nicht nur der Einsicht in die wichtigsten staatlichen Notwendigkeiten, sie kämpfen auch schloßhain gegen Handelsmonopole an, die nach diesem Kriege eine harte Notwendigkeit geworden sein werden, und wenden sich auch gegen die Arbeiter und die Angestellten. Während sie selbst in Handelskammern und anderen Organisationen Vertretungen ihre Berufsinteressen haben, werden Arbeiter- und Angestelltenausschüsse und Schlichtungsstellen abgelehnt und wird jede gesetzliche Regelung der Arbeitslosigkeit verpönt.

Von den besondern Handelsorganisationen darf vor allem die Vertretung des Hamburger Handels Anspruch auf Gehör erheben. Sie verlangt „bedingungslose Wiedereinführung des Handels in den Stand vollkommener wirtschaftlicher Gleichberechtigung und baldige Veseitigung aller Verfügungen und Beschränkungen, welche den freien Handel, die freie Schifffahrt, die freie Produktion festeln. . . . Es sind große und mächtige Einflüsse am Werke, gestützt auf irrtümliche Theorien und Tagesmeinungen, die den freien Handel belämpfen und ihn durch bürokratische Bevormundung durch Verfügungen von Amts und Rechts wegen aber auch durch sozialrevolutionäre Gleichmacherei andererseits auch durch Nachüberstellungen starker Wirtschaftsguppen auszuschalten bestrbt sind.“ Schon die Vielzahl der dem freien Handel feindlichen Streitmächte beweist, daß seine Aussichten nicht gut stehen. Es ist wahr, daß der Hamburger Großhandel im Kampf auch gegen die Genossenschaften auftritt und sich sozial rückwärts gerichtet, wenn zugleich der freie Handel, ganz abgesehen von dem lange Zeit dauernden, notwendigen staatlichen Ueberwachungszwang, von den Kartellen und Syndikaten bedroht ist. Diese wollen den Kaufmann und Vermittler ausschalten und das Geschäft einschließlich des Absatzes ganz in ihre Hände bekommen. Die Hamburger Kaufleute können sich ohne Zweifel mit Recht darauf berufen, daß sie persönliche Beziehungen zu allen Völkern gepflegt haben, daß sie materiellen Bedürfnisse der ganzen Erde erforscht haben, daß sie routinierte Kenner der Verkehrswege, der Transportverhältnisse und aller Handelsgebräuche sind — aber diese großen Vorzüge kommen doch wohl nur vor allem zur Geltung bei dem Absatze in die Lebersee und bei dem Verkauf von Waren, die eine individuelle Behandlung des Käufers verlangen. Aber schon vor dem Kriege hat die Ausschaltung des Handels oder die Beschneidung seines Wirkungsgebietes durch Kartelle und Trusts gezeigt, daß der Verkauf in europäische Länder oder in die amerikanischen Staaten mit gesicherten Rechtsverhältnissen, besonders beim Absatze von Stapelwaren oder typisierten Fabrikaten, durch Angestellte eines Kartells oder auch nur des Erzeugers gut möglich ist. Von den Einzelforderungen der Hamburger Kaufleute sind manche bedenklich, manche aber ohne weiteres zu unterstützen, so die Forderung nach einer Zentralisierung des behördlichen Genehmigungszwanges, der heute schon unglaublich umfassend ist und z. B. folgende Einzel„Erlaubnisse“ notwendig macht: Die Einkaufserlaubnis, die Einfuhrgenehmigung, die Devisenbewilligung, die Tonnageerteilung, die Beschlagnahme-freigabe, die Preisprüfung, die Gesundheitspolizei-kontrolle, die Handelsverlaurbis usw. Die Hamburger Kaufleute verlangen auch eine Förderung der Industrie im Hamburger Staatsgebiete selbst und einen Ausbau des Kanalnetzes, besonders einen Donau oder Elbekanal mit einem Stichkanal nach Leipzig „als notwendige Gegenmaßnahme gegen die geplanten Donau-Rheinverbindungen. . . . und im Interesse der Konfuzenzfähigkeit des Hamburger Hafens u. a. gegenüber Rotherdam und Antwerpen.“ Die letzte Bemerkung zeigt, daß die politische oder wirtschaftliche Angliederung Händlern in das Deutsche Reich einen der größten und ältesten Großhandelsplätze Deutschlands aufs empfindlichste schädigen würde.

Das dicke Ende.

Die „Ameisische Zeitung“ schreibt: Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, haben die in der Weidertischen Schrift: „Aktionäre! wahr! Eure Rechte in den Generalversammlungen usw.“ gemachten Enthüllungen über das Verhältnis Hagens zum A. Schaaffhausen'schen Bankverein und über die bei der Fusion des letzteren mit der Diskontogesellschaft angewandten unlauteren Mitteln (Strohmannen) das größte Aufsehen erregt. Eine Reihe von früheren Aktionären des alten Schaaffhausen'schen Bankvereins wollen der Erörterung der Frage wäherreten, auf welchem Wege man die Mitglieder der früheren Verwaltung des A. Schaaffhausen'schen Bankvereins für die durch die Fusion den Aktionären zugesagte Schädigung verantwortlich machen kann.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstag mittag. Zunächst noch ziemlich kühl, im Nordosten veränderlich, mit leichten Regenschauern, in den übrigen Gegenden trocken und vielach heiter, später im Westen zunehmende Bewölkung und langsame Erwärmung.

Verantwortlich für Politik: Erich Kautner, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Schick, Rastatt; für Anzeigen: Dr. Klose, Berlin. Druck u. Verlag: Bornstr. 11, Berlin SW. 11, Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co., Berlin SW. 11. Hierzu 1 Beilage und Unterhaltungsblatt.

Groß-Berlin

Um die englischen Gaswerke.

Die Entscheidung über den Verkauf der englischen Gaswerke ist noch nicht erfolgt. Warum die Angelegenheit ins Stocken geraten ist, sagt die folgende, jetzt von Wolffs Bureau verbreitete Mitteilung:

Wie bekannt, sind auf die Ausschreibung der Groß-Berliner Anlagen der englischen Gasgesellschaft, die der für die Gesellschaft bestellte Liquidator vorgenommen hat, Angebote sowohl einer Gruppe von Groß-Berliner Stadt- und Landgemeinden unter der Führung der Stadt Berlin als auch der Landkreise Teltow und Niederbarnim eingelaufen. Beide Bewerbergruppen haben für die Gesamtanlagen denselben Preis geboten.

Daneben ist ein Sondergebot von der Gemeinde Berlin-Oberschönweide auf die Gasanstalt Oberspree gemacht worden. Dieses Angebot konnte nicht berücksichtigt werden, weil die Ausschreibung der gesamten Groß-Berliner Anlagen erfolgt war, in dessen ein erlangendes Gebot für die übrigen Werke nicht vorlag. Bezüglich der Gebote des Magistrats Berlin und der beiden Landkreise hat der Handelsminister nunmehr im Einvernehmen mit dem Reichs-Landrat dahin entschieden, daß auf keines dieser Angebote der Zuschlag erteilt werden kann, weil die gebotene Summe weit unter dem Werte der Anlagen bleibt, und die Regierung sich nur dann zu einer Veräußerung verstehen kann, wenn ein dem tatsächlichen Wert des Unternehmens entsprechendes Angebot vorliegt.

Unter diesen Umständen soll nunmehr der Liquidator sowohl der Stadt Berlin als auch den beiden Landkreisen — und zwar jedem Preise für sich und beiden gemeinsam — je die gesamten Groß-Berliner Anlagen der englischen Gasanstalt nochmals anbieten; der Ausschreibung werden Bedingungen zugrunde gelegt, deren Annahme die Voraussetzung für ein gültiges Angebot bilden soll, und die namentlich auch die Interessen von Schöneberg und Wilmersdorf berücksichtigen. Ferner ist in der neuen Ausschreibung der Preis bezeichnet, den die Regierung als angemessen erachtet. Dabei ist davon ausgegangen worden, daß der Gesamtwert der Groß-Berliner Anlagen der englischen Gasgesellschaft nicht allein durch den Wert der sichtbaren Anlagen, den die bisher erstatteten Gutachten allein berücksichtigt haben, sondern auch durch den Geschäftswert dargestellt wird.

Für die Auswahl der Kommunalverbände, welchen das neue Angebot gemacht wird, war maßgebend, daß alle Kommunalverbände beteiligt werden müssen, in denen Gasabnehmer der Werke heute wohnen oder künftig wohnen werden. Es geht nicht wohl an, einige der in Frage kommenden Gemeinden herauszugreifen und diese allein zu beteiligen, während andere, deren Einwohner heute schon von den gleichen Werken Gas beziehen oder künftig solches beziehen werden, dauernd von jeder Beteiligung ausgeschlossen werden. Da aber unmöglich jede einzelne der vielen hienach in Gegenwart und Zukunft in Betracht kommenden Gemeinden an den Werken und ihrer Verwaltung beteiligt werden kann, erschien es geboten, neben der Stadt Berlin nur die Kreisverwaltungen als die weiteren Kommunalverbände unter Mitbeteiligung der kreisfreien Städte zu beteiligen, welche die in ihrem Bezirke wohnenden Gasabnehmer einzeln für sich vertreten haben und im übrigen entschlossen sind, unter Verzicht auf wesentliche eigene Gewinne etwaige Ueberschüsse des Gasunternehmens denjenigen Gemeinden zuzuführen, in welchen Gasabnehmer wohnen.

Schon vor Monaten war die Befürchtung laut geworden, daß in dem Wettbewerbs um die englischen Gaswerke die beiden Landkreise gegen die Stadt Berlin und die mit ihr in dieser Frage zusammenhaltenden Vorortgemeinden ausgeschaltet werden würden. Der oben mitgeteilte Entschluß der Regierung ist nicht geeignet, jene Befürchtung zu entkräften. Es wäre höchst bedauerlich, wenn es für gelänge, die Angelegenheit des Gasverkaufs in der von ihr beabsichtigten Weise zu erledigen. In dem Zusammenhang mit der Vorortgemeinden mit Berlin konnte man ein erfreuliches Anzeichen dafür sehen, daß der Gedanke der Schaffung eines Groß-Berlin lebendig erhalten hat und zu erstarren beginnt. Durch das Vorgehen der Regierung werden die Vorortgemeinden von Berlin losgerissen. Berlin wird in dem Wettbewerb um die Gaswerke isoliert und die kreisfreien Städte sollen sich mit den Kreisen zusammenwerfen lassen. Das ist über die Verkaufsangelegenheit hinaus von so folgenreicher Bedeutung, daß und der schärfste Einspruch und die entschiedenste Gegenwehr für die beteiligten Gemeinden geboten scheint.

Die Kohlenrevisoren bei der Arbeit.

Die Nachprüfung der vorhandenen Kohlenbestände in Groß-Berlin ist in vollem Gange und hat schon in vielen Fällen zu Beschlagnahmungen und Anzeigen geführt. Da es sich indes fast in allen Fällen bisher nur um kleinere Mengen handelte, so wird an dem Ergebnis wohl wenig geändert werden. Dieses Ergebnis ist, daß es durchweg an Kohlen und anderen Brennmaterialien mangelt und die Kohlenkeller leer sind.

Bestimmungen über den Handel mit Gänsen.

Zur Bundesratsverordnung über den Handel mit Gänsen, durch die bestimmte Höchstpreise für Gänse und Gänsefleisch festgesetzt worden sind, haben die zuständigen preussischen Minister eine Ausführungsanweisung erlassen. Danach sind, soweit ein Handel mit lebenden Gänzen nach Gewicht üblich ist, von den Regierungspräsidenten Lebendgewichtshöchstpreise für diesen Handel vorzuschreiben. Die Preise sind so zu bemessen, daß die in der Bundesratsverordnung festgesetzten Preise im Durchschnitt keineswegs überschritten werden. Die Festsetzung von Höchstpreisen für den Verkauf von Gänsefleisch in Zellen und von Erzeugnissen aus Gänsen wird dem Vorstand des Kommunalverbandes übertragen. Die Regelung unterliegt im Bereich der staatlichen Verteilungsstelle Groß-Berlin der Genehmigung dieser Stelle. Die Festsetzung muß so erfolgen, daß die Preise für die Einzelteile und Erzeugnisse zusammen den in der Bundesratsverordnung festgesetzten Preisen zusätzlich eines angemessenen Aufschlags für die Kosten der Zerlegung und Verarbeitung entsprechen. Soweit daher eine Festsetzung solcher Höchstpreise für Einzelteile erfolgen soll, müssen Höchstpreise für alle Teile festgelegt werden. Falls der Kommunalverband keine Höchstpreise für Einzelteile von Gänsen und für Erzeugnisse aus Gänzen festgelegt hat, ist der Verkauf von Gänzen oder Gänsefleisch in Zellen sowie die gewerbsmäßige Herstellung und der gewerbsmäßige Verkauf solcher Erzeugnisse unzulässig.

Die Mehlverteilung in Groß-Berlin.

Vom Kriegs- und Nahrungsmittelministerium sind Bestimmungen über die Mehlverteilung in Groß-Berlin erlassen worden. Die Verbraucher haben es nicht verstanden, weshalb die Groß-Berliner Gemeinden die neue Mehlverordnung erließen, bis sie vor etwa acht Tagen erfuhren, daß statt Weizen- oder Roggenmehl auch Maismehl auf die Brotkarten verteilt werden sollte. Das Maismehl eignet sich, wie die angestellten Versuche ergeben haben, auch zur Speisebereitung — zu dieser Feststellung hätte es wohl der Versuche nicht bedurft, denn die Verbraucher haben auch in Friedenszeiten Maismehl zur Speisebereitung gebraucht. Aber es ist keineswegs für alle die Zwecke brauchbar, für die man Weizen- oder Roggenmehl zu benutzen pflegt, und überdies sehen die Groß-Berliner in der Einbeziehung des Maismehls in die Brotkarte eine Verkleinerung ihrer Versorgung und erwarten, daß sie wenigstens nicht nur 125 Gramm Mehl statt 200 Gramm Brot erhalten, sondern die volle Ration, also auf jede Brotkarte 400 Gramm Maismehl.

Die Pilzausstellung.

die gestern im Märkischen Museum am Köpenicker Park eröffnet wurde, war sogleich am ersten Tage sehr gut besucht. Da für sie der geräumige Vortragssaal hergegeben worden ist, so hat man die Möglichkeit ungehinderter Beschäftigung. Auf vier langen Tischen sind die ausgestellten Pilze untergebracht, keine Nachbildungen, sondern wirkliche Pilze. Vorgeführt wird das natürliche Bild moosigen Waldbodens, aus dem zwischen Heidekraut, Farrenwedeln und Sackholderbüschen unter Kiefern, Fichten und Birken die Pilze hervorwachsen. Bei allen Pilzen ist der Name angegeben und hinzugefügt, ob sie „ehbar“, „wertlos“, „verdächtig“, „ungenießbar“ oder „giftig“ sind. So mancher Besucher, dessen Kenntnis ehbarer Pilze bisher wohl nicht über Steinpilz und Pfefferling hinausgerichtet hat, äußerte keine Verwunderung über die große Zahl der noch als ehbar bezeichneten Arten. Daß aber die Unterscheidung zwischen ehbaren und ähnlich aussehenden giftigen Pilzen manchmal nicht ganz leicht ist, dafür finden sich unter den ausgestellten Pilzen lehrreiche Beispiele. Die Ausstellung soll so lange dauern, wie die Nachlieferung frischer Pilze möglich bleibt. Denn selbstverständlich werden ständig die trocken oder faulig gewordenen Pilze ausgetauscht und durch frische ersetzt. Der Besuch der Ausstellung kann nur empfohlen werden; sie ist täglich von 10 bis 3 Uhr geöffnet und der Zutritt ist unentgeltlich.

Platz für Kriegsinvaliden!

Eine beachtenswerte Anregung gibt ein Leser unseres Blattes der bei seinen täglichen Fahrten durch Berlin sehr oft beobachtet, daß in den Wagen der Straßenbahnen, der Hoch- und Untergrundbahnen, der Stadt-, Ring- und Vorortbahnen leider wenig Rücksicht auf Kriegsinvaliden genommen wird. Kriegsinvaliden in Zivilkleidung und sogar solche in Uniform müssen bei voller Wagenbesetzung in den Gängen stehen, während halbblinde, taubstumm und Kinderlose und weber ihnen noch ihren Begleitern einfließt, den Invaliden einen Platz frei zu machen. Weil auf die Freundlichkeit der Mitmenschen nicht immer zu rechnen ist und fürs erste die Kriegsinvaliden nicht weniger werden dürften und auch die Berkehrnot nicht nachlassen wird, schlägt der Einsender vor, in jedem Wagen möglichst nahe an der Tür ein paar Plätze für Kriegsinvaliden vorzubehalten. Eine Tafel mit der Aufschrift: Diese Plätze sind für Invaliden bestimmt und sind bei Bedarf sofort zu räumen, sowie eine den Invaliden durch die Berkehrsgesellschaften zu gewöhnende Ausweisarte würde genügen, ihnen das Anrecht auf diese Plätze zu sichern.

Mehrung der Lungenleiden.

Die Frühlingsmonate des Jahres 1917 haben für Berlin eine ungewöhnliche Mehrung der durch Lungenleiden verursachten Sterbefälle gebracht, nachdem schon die Wintermonate mit einem recht ungünstigen Ergebnis abgeschlossen hatten. Die vom Berliner Statistischen Amt zusammengestellten Monatsstabellen über die Bevölkerungsbewegung, die für die Zeit bis Mai jetzt vorliegen, ergeben für die Frühlingsmonate März, April, Mai diesmal 500, 542, 584, zusammen 1066 Sterbefälle durch Lungenentzündung (einschl. Golekwindstich), gegenüber 375, 331, 326, zusammen 1032 in denselben Monaten des vorigen Jahres. Daneben haben auch die Sterbefälle durch Lungenentzündung sich sehr stark gemehrt. In den drei Monaten starben an Lungenentzündung diesmal 366, 362, 281, zusammen 1009 Personen, gegenüber 290, 192, 170, zusammen 652 im vorigen Jahr. An sonstigen Krankheiten der Lunge (und des Brustfells) starben in den Frühlingsmonaten diesmal 106, 128, 103, zusammen 337 Personen, im vorigen Jahr 289, 277, 47, zusammen 613. Bei den genannten drei Krankheitsgruppen stellte sich die Gesamtzahl der Sterbefälle im diesjährigen Frühling auf 2962 im vorjährigen auf nur 1844. Die Rauheit der Witterung kann diese Mehrung der durch Lungenleiden verursachten Sterbefälle nur zum Teil erklären.

Für das Gemeindefassenwahlrecht ist noch Raum.

Vom 1. September ab bis einschließlich den 16. September liegt die Liste der stimmberechtigten Bürger Berlins von 9 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags im städtischen Wahlbureau, Straßauer Straße 44, öffentlich zur Einsicht aus. Die Kriegsteilnehmer sind ebenfalls eingetragen. Die Gesamtsumme aller für die drei Abteilungsabteilungen zusammengetragenen Stimmen beträgt rund 91,65 Millionen Wahl. Der Durchschnittswahl ist danach 218 W. Die erste Abteilung beginnt mit 8155 W. Mindeststimmwertbetrag, die zweite Abteilung mit einem solchen von 218 W. und die dritte Abteilung endet mit diesem Satz. Für eine Verächtigung der stimmberechtigten Personen sind die von ihnen erstellten polizeilichen An- und Abmeldungen maßgebend.

Der Verbandsausschuß des Zweckverbandes Groß-Berlin hat nächsten Montag eine Sitzung. Beraten wird über Baupolizeiverordnungen und Bauabwägungspläne, aber Verkehrsangelegenheiten, darunter eine neue Straßenbahnverbindung Spandau-Kommendamm-Jungfernheide, ferner über einen Antrag des Ausschusses Groß-Berlin für Kriegsbeschädigten-Ansiedlung auf Bewährung eines einmaligen Verwaltungskostenbeitrages.

Für den Oktoberumzug sind die Umzugsstermine in Berlin vom Polizeipräsidium mit Zustimmung des Oberkommandos so festgelegt worden: Es sind zu räumen 1. kleine, aus höchstens zwei Wohnzimmern und Zubehör bestehende Wohnungen bis zum 4. Oktober abends; 2. mittlere, aus drei oder vier Wohnzimmern und Zubehör bestehende Wohnungen bis zum 10. Oktober abends; 3. große, mehr als vier Wohnzimmer umfassende Wohnungen bis zum 18. Oktober abends. Die Inhaber der aus 1. oder 3. Wohnzimmern und Zubehör bestehenden Wohnungen müssen jedoch 1. Wohnzimmer, und die Mieter von Wohnungen mit mehr als 3 Wohnzimmern und Zubehör 2. Wohnzimmer schon am Montag, dem 1. Oktober, vollständig geräumt dem künftigen Wohnungsinhaber zur Verfügung stellen.

Das Gerücht von einem Raubmorde wurde gestern in Berlin durch einen Leichenfund in der Sebastianstraße hervorgerufen. Hier wohnte in dem Hause Nr. 35 im ersten Stock des Duergebäudes für sich allein seit acht Jahren in einer Etage mit Kochgelegenheit der 40 Jahre alte Kaufmann Wilhelm Schwarz, der zur Trainerschule in Velten i. N. eingezogen war. Schwarz wurde zum Sonntag beurlaubt, kehrte nicht zum Dienst zurück und wurde dann in seinem Zimmer leblos auf dem Schlaffsofa aufgefunden. Der nach hinten über gebeugte Kopf, das ganze Gesicht, der linke Arm und die linke Hand waren mit Blut bedeckt, der rechte Arm und die rechte Hand dagegen sauber. Der Zustand der Leiche und der Umstand, daß die Wohnungstür nicht verriegelt oder auch nur eingeklinkt war, rief den Verdacht hervor, daß Einbrecher in der Wohnung gewesen seien und den einamen Zutroffen ermordet und herabgelassen hätten. Die Kriminalpolizei, die einen Arzt zuzog, stellte fest, daß Schwarz, der magenleidend gewesen war, durch einen Blutsturz seinen Tod gefunden hat. Der Kranke war nicht mehr imstande gewesen, die Tür richtig zu verschließen.

Abtrennen von Feuerwerkskörpern hat in Spandau einen bedauerlichen Unglücksfall verursacht, bei dem ein Kind das Leben einbüßte. In der Friedrichsberger Straße spielten mehrere Kinder mit bengalischen Streichhölzern, Bomben, Sonnen usw. Brennende Zettel fielen auf die neunjährige Martha Schada, deren Kleider sofort in Brand gerieten. Im Ru stand das bedauerlicherweise Kind in hellen Flammen, und erst nach einiger Zeit konnte das Feuer durch Aufwerfen von Decken erstickt werden. Das Mädchen hatte jedoch bereits am ganzen Körper so schwere Brandwunden

dabongetragen, daß es im städtischen Krankenhaus bald nach der Aufnahme den schweren Verletzungen erlag.

Für 25 000 Mark Herrenanzüge und Hüter wurden in der Nacht zum 4. September aus dem Herrengarderobengeschäft Große Frankfurter Straße 114, dem Hauptgeschäft des Konfektionshauses Blum, durch einen dreifach von der Straße aus bemerkten Einbruch gekohlen. Die Diebe sind durch den Eingang an der Ecke der Andreasstraße in den Laden gelangt. Der nicht gegen Einbruchschaden versicherte Geschäftsinhaber bietet für Wiederherbeschaffung der gesamten Laden 2500 Mark Belohnung, für Wiederheranschaffung wenigstens eines Teiles davon einen entsprechend geringeren Betrag.

Brotkartendiebstahl machten einen Einbruchversuch bei der Brotkommission in der Gemeindefassule Krautstraße 43. Dabei wurde ein 25jähriger aus Budapest gebürtiger Schachmeister Kalagi erwischt und festgenommen, während seine Helfershelfer entliefen. Mehr Glück hatten Einbrecher bei der Brotkommission in der Gemeindefassule Siemensstraße 20. Sie erbeuteten 700 Bogen Meibrotkarten, Brotkarten der 133.—136. Woche, Fett- und Kartoffelkarten.

Unterricht in Säuglingspflege mit praktischen Übungen findet wieder im „Kinderhaus“ (Blumenstr. 97) wöchentlich einmal statt. Meldungen im Bureau des „Kinderhauses“ schriftlich oder mündlich 2—4 Uhr.

Ein Volkskonzert des Philharmonischen Orchesters findet heute in der Philharmonie, Bernburger Str. 22/23, statt. Beginn 8 Uhr. Der Eintrittspreis beträgt 30 Pf. Kasseneröffnung 7 Uhr.

Charlottenburg, Lebensmittel. Bis einschließlich Sonntag, den 3. d. M., werden auf Abschnitt 21 der Nährmittelkarte für Jugendliche 125 Gramm Buchweizengrüße zum Pfundpreise von 70 Pf. und 125 Gramm Buchweizenmehl zum Preise von 62 Pf. pro Pfund abgegeben. Die Entnahme erfolgt in den Geschäften, aus denen der Karteninhaber seinen Griech bezieht.

In denselben Geschäften wird vom Donnerstag, den 6. bis Sonntag, den 15. September, auf Abschnitt L der Haushaltungsbezugsmarken Puddingpulver abgegeben und zwar: für große Haushaltungen 100 Gramm loses Puddingpulver oder zwei Päckchen Puddingpulver, für kleine Haushaltungen, doppelt gestreifte Karten: ein Päckchen Puddingpulver. Die Preise sind folgende: Auslandsware: 44 Pf. per 100 Gramm bezw. 2,20 M. per Pfund lose Ware, und 20 Pf. für ein Päckchen. Inlandsware: 14 Pf. für ein Päckchen. Ferner werden verabfolgt: 250 Gramm Ojater-Nährmittel, lose oder in Paketen, je nach Vorrat auf Abschnitt 190 der roten Nahrungsmittelkarte. Die Preise betragen für Ojaterflocken und -grüße lose 44 Pf. pro Pfund und in Paketen 56 Pf. pro Pfundpaket; für Ojatermehl lose 44 Pf. pro Pfund und in Halbpfundpaketen 52 Pf. pro Paket.

Für die Kinder vom 6. bis 12. Lebensjahr (1. September 1905 — 30. September 1911) werden 100 Gramm gute Schokolade für 1,40 M. und 100 Gramm Schokoladenpulver für 1,25 M. abgegeben. Bezugskarten zum Ankauf der Ware können in der Zeit vom 6. bis 10. September in den zuständigen Brotkommissionen gegen Vorlegung von Urkunden empfangen werden. Auf Grund dieser Bezugskarten kann von den Empfangsberechtigten in der Zeit vom 11. bis 20. September die Ware in den 36 städtischen Verkaufsstellen, die durch besondere Verkaufsfelder gekennzeichnet sind, entnommen werden. Für Kinder, soweit sie das zweite Lebensjahr noch nicht überschritten haben, wird entweder 1 Päckchen Leibniz-Keis 40 Pf. oder 2 Päckchen Keis 15 Pf. oder 1/4 Pfund loses Keis zum Preise von 2 Pf. abgegeben. Der Bezug geschieht in derselben Form, wie beim Schokoladenpulver. Für Schokoladenpulver und Keis erteilt vom 18. Sept. ab die Lebensmittelabteilung B Rathaus, Zimmer 50 (Tel. Magistrat Nr. 314) Auskunft, wo diese Waren noch zu haben sind.

Neukölln, Lebensmittel. Vom Donnerstag, den 6. September, bis Mittwoch, den 12. September, dürfen in den Geschäften, in welchen die Anmeldung zum Bezug von Kolonialwaren erfolgt ist, auf Abschnitt 51 der Lebensmittelkarte 250 Gramm Ojaterfabrikate entnommen werden. Der Verkaufspreis beträgt für 500 Gramm Ojaterfabrikate 44 Pf.

Schöneberg, Stadtverordnetenversammlung. In der Sitzung am Montag gab zunächst vor Eintritt in die Tagesordnung der Oberbürgermeister Dominikus eine Erklärung ab. Während der Ferien der Stadtverordnetenversammlung erschien in vielen Berliner Zeitungen ein Artikel mit der Überschrift: „Das Auto des Oberbürgermeisters“. Dann wurde über eine Gerichtsverhandlung berichtet, in der Vorwürfe gegen die städtische Verwaltung erhoben wurden. Er halte es für notwendig, den Tatbestand richtigzustellen. Es handelt sich nicht um ein Auto für den Privatgebrauch, sondern um ein Auto für die städtischen Körperschaften und um ein Auto für Krankentransporte. Beide Autos müßten wegen Reifendefekt außer Betrieb gesetzt werden. Der Chauffeur des Autos teilte darauf mit, er könnte die Reifen einer Kraftdroschke laufen, dessen Besitzer zum Heeresdienst eingezogen sei. Der sachkundige Brandmeister erklärte den Preis für die Reifen nicht zu hoch, so daß gegen die Beschaffung der Reifen keine Bedenken vorlagen. Dem Oberbürgermeister war unbekannt, daß die fraglichen Gegenstände ordnungswidrig erworben wurden. Ebenso könne von irgend einer Schiebung keine Rede sein. Das Gericht hat dies auch anerkannt und keine der von ihr widerlegten Feststellungen aufrechterhalten.

Die Fraktionen erklärten die Sache damit für erledigt. Nachdem für die Vaterstadt Domnau 16 000 M. zur Errichtung einer Badeanstalt bewilligt und mehrere Vorlagen, darunter auch die Kriegssteuerzulagen, an Ausschüsse überwiesen wurden, wurde die Sitzung geschlossen.

Weihensee. Zur Kohlenversorgung. Und wird geschrieben: Die ausgegebenen Kohlenkarten haben Bistigkeit für ganz Groß-Berlin, so daß die Einwohner sämtlicher Vororte die ihnen zustehende Kohlenmenge bei jedem Kohlenhändler in Berlin bezw. einem anderen Groß-Berliner Vorort entnehmen können. Da der Kohlenverband nicht in der Lage sein würde, Kohlen in größeren Mengen nach den Vororten zu senden, so sind die Einwohner Weihensees gezwungen, wenn sie sich den Besitz der Kohlen sichern wollen, auf irgend eine Weise Kohlen aus Berlin zu beschaffen. Alle Bemühungen des Gemeindefassandes, auch für Weihensee und seine Umgebung einen Kohlenlagerplatz zu erhalten, scheinen demnach vergebens gewesen zu sein.

Friedrichshagen. Die letzte Gemeindevorstandssitzung beschäftigte sich mit der Einrichtung von Kriegspatenkarten. Es wurde beschlossen, für die Kriegspatenkarten in erster Linie Sparguthaben zu empfehlen. Für weitere Regelung der Angelegenheit wird die dazu bestimmte Kommission beauftragt, mit einer Versicherungsgesellschaft in Verbindung zu treten. — Zum Aufbau eines Wirtschaftsgebäudes, das der Gemeinde von den Albatroswerken überlassen wurde und auf dem Hinterland des Rathausgebäudes errichtet werden soll, werden 15 000 M. bewilligt. Das Gebäude wird unterleert und soll für die Lebensmittelverwaltung der Gemeinde dienen. — Zu der geheimen Sitzung wurden Steuerzulagen für alle Beamten der Gemeinde, einschließlich der festangestellten Lehrkräfte der König-Friedrich-Schule und des Lyzeums, im Rahmen der staatlichen Grundzüge beschlossen. — Lebensmittel. Heute gelangt auf Abschnitt 43 der Lebensmittelkarte Griech zur Verteilung. Auf jede Karte entfallen 150 Gramm zum Preise von 9 Pf.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Sozialdemokratischer Verein für den Reichstagswahlkreis Niederbermitz...

Berichtszeitung.

Ein Milchplattfischer.

Eine nachdrückliche Strafe beantragte der Staatsanwalt vor einer Ferienstrafkammer...

Wegen übermäßiger Preissteigerung

Keim Handel mit Düngemitteln war der Kaufmann Plato vom Landgericht in Berlin...

Rebiffon. Zutreffend habe das Landgericht den Düngefall zu den Gegenständen des täglichen Bedarfs gerechnet...

Aus aller Welt.

Wegen einiger Rüben ein Menschenleben vernichtet.

Wir lesen im 'Landarbeiter': Die auf dem Gute Crummen-dorf (Kreis Jülichau) beschäftigte Arbeiterin Rosa...

den Ausgang der Gerichtsverhandlung darf man gespannt sein. Der Begriff 'vermeintliche Notwehr'...

Die Feuerbrunst in Kasan.

Kopenhagen, 4. September. Die hier eingetroffenen russischen Zeitungen enthalten ausführliche Einzelheiten über die fürcht-bare Brandkatastrophe...

Briefkasten der Redaktion.

Hilfsfrage 133. 1. Die Biedererziehung ist während des gegenwärtigen Krieges jederseits möglich...

Deutsches Theater, Soldaten, Kammerspiele, Volkstheater, Lessing-Theater, Berliner Theater

Theater für Mittwoch, 5. September. Deutsches Opernhaus, Lustspielhaus, Neues Operettenhaus

Unserer öffentliche Generalversammlung der Sterbe- und Kranken-Unterstützungs-Kasse Nr. 55

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter, Allgemeine Mitgliederversammlung

Wie ein Wunder, Hausfalle, Spezialarzt Dr. med. Wockenfuß

Deutscher Bauarbeiter-Verband, August Vogel, Karl Merker

Ida Lewin, Spezial-Arzt Dr. med. Haedicke

Kostüme, wasserdichte Mäntel, Röcke, Wintermäntel

Spezialarzt Dr. med. Colemann

WINTERGARTEN, Der erfolgreiche Eröffnungs-Spielplan

NATIONAL-THEATER, Das ist die Liebe...!

Wie ein Wunder, Hausfalle, Spezialarzt Dr. med. Wockenfuß

Spezialarzt Dr. med. Wockenfuß, Haar- u. Velourhüte

Spezialarzt Dr. med. Wockenfuß, Karl Merker

Zirkus A. Schumann, Bahnhofs-Friedrichstraße

URANIA, Die Befreiung Ostgaliziens und der Bukowina

Admirals-Palast, Die Novität Abrakadabra

Trion-Theater, reizende Adrian

Spezialarzt Dr. med. Wockenfuß, Karl Merker

Palast, Eröffnungs-Programm der Winterspielzeit

Spezial-Angebot unseres Schmierwaschmittels 'Germania'

Spezialarzt Dr. med. Wockenfuß, Karl Merker

Walhalla-Theater, Zigeuner, Casino-Theater

Zähne, Reparaturen sofort, Zahnheiler in örtlicher Behandlung

Hals- und Lungenkrankheiten, mit u. ohne Platte, mit echtem Friedenskautschuk

Spezialarzt Dr. med. Wockenfuß, Karl Merker

Riga.

Riga ist der Bevölkerung nach die fünftgrößte Stadt Ostlands, die mit fast viermal hunderttausend Einwohnern nur noch von Petersburg, Moskau, Odessa und Kiew übertroffen wird.

Die Rigaer Bevölkerung war es, die in die Nacht von Riga verschlagen, im Jahre 1158 sich hier ansiedelten und den ersten Grund zu der Stadt legten.

Rödig August der Starke von Sachsen war zugleich König von Polen und durch seinen Bund mit Rußland und Dänemark in den nordischen Krieg verwickelt worden.

Seit jener Zeit gehört Riga mit ganz Livland, das im Frieden von Århus (1721) von Schweden an Rußland abgetreten wurde, dem russischen Reich an.

Malerisch erhebt sich Riga aus der sandigen Ebene zu beiden Seiten der Düna. Wenn man mit dem Dampfboot hier ankommt, blüht man am rechten Ufer in ein anmutiges Gehäusen kleiner, hümmeliger Häuser mit mittelalterlichen, spitzgiebigen Giebeln.

Besonders deutlich hat sich die reichbewegte Vergangenheit der livländischen Hauptstadt in den Bauten der Altstadt ausgeprägt. Riga kann zwar nicht die reichen Kunstschatze von Danzig, Hamburg, Bremen oder Lübeck aufweisen.

Anders Hjarmsted.

Von Jakob Knudsen.

Um vier Uhr nachmittags am nächsten Sonntag saßen wirklich die zwei Geschwisterpaare, von Staben und vom Hjerrehof, in der Wohnstube des Pfarrers drinnen.

Das dauerte ungefähr eine Stunde. — Plötzlich erhob sich Hjatriid — und wurde im selben Augenblick blaß; — dann sagte sie mit ihrer ziemlich tiefen Stimme: „Ich möchte gern mit Anders Hjarmsted reden.“

Sie zeigte auf die Tür nach der Stube des Pfarrers. Anders erhob sich, um ihr zu folgen.

„Da drin ist gewiß keine rechte Ordnung,“ sagte Madam Walling eifrig und ging nach der Tür hin.

„O, das macht sicherlich nichts,“ meinte der Pfarrer, „es ist ja nicht —“

„Ja, aber was glauben Sie, werden die Leute dazu sagen?“ erwiderte sie kühl, aber aufgeregt dem Pfarrer.

Anders und Hjatriid waren an ihr vorüber in das Zimmer geschlüpft, doch jetzt ging sie ihnen nach. — Sie fing an, rings herumzutasten, die Sachen auf dem Schreibtisch zu ordnen.

Anders schloß sie. Im selben Augenblick hatte Hjatriid die Arme um seinen Hals geschlungen und drückte ihr Gesicht gegen seine Wange. — Er hatte noch nie ein Weib in seinen Armen gehalten, — sie war ja nicht groß, und doch füllte

bild bemerkbar machen. Entgegen der ausgesprochenen hanseatischen Prägung vieler Bauten sind nur wenige Zeugnisse aus der Zeit des Mittelalters erhalten geblieben.

Zu den frühesten kirchlichen Bauten der Stadt Riga, deren Ausführung sogleich in Stein erfolgte, gehört die St. Jakobskirche, die im Jahre 1228 zum erstenmal urkundlich erwähnt wird.

An die besten Tage der stolzen Hansezeit gemahnt das Schwarzhäupterhaus. Nicht minder reichhaltig als die verfallene, traure Architektur und die reichen Silber- und Goldschätze, die es birgt, ist die Geschichte, von der es umwoben wird.

Nicht minder bedeutsam für die geschichtliche Vergangenheit von Riga ist das Haus der Großen Wölde, das ebenfalls bis in den Anfang des 14. Jahrhunderts zurückreicht.

Seit vor 60 Jahren die Wälle von Riga geschleift wurden, diente dem Schutz der Stadt und ihres Hafens lediglich die kleine Festung Dünamünde, da man die Stadt selbst von Westen her durch die zwischen Mitau und Riga sich erstreckenden ausgebeugten Zirkelwälle und durch die mächtige Düna gegen einen Angriff völlig gesichert hielt.

sie ihm so seltsam die Arme, schloß sich ihm so schmiegsam an; da war gar nichts Eitiges, wie wenn man mit Wurschen rang. Und da war sie so unruhig, sie schluchzte, sie wandte ihr verweintes Gesicht zu ihm auf und ihre Augen waren bewegt wie das Meer im Sturme.

die altwänterlich im Rigaer Meerbusen toben. Dünamünde besigt moderne und starke Forts, die freilich nach der Landseite zu wenig Verteidigungswert haben dürften.

Volksbühne: „Das Lumpengefindel“.

Zwischen Schnitzers Einakter „Literatur“ und Wolzogen's Tragikomödie „Lumpengefindel“ besteht eine ungefähre Verwandtschaft, eine geistvolle Ähnlichkeit.

Von dem bei Wolzogen mit gar wenig Komplimenten besetzten Kontrast jener Tage, die uns längst Vergangenheit dünken, wird die heutige Generation ziemlich unberührt bleiben.

Die amerikanische „Freiheit“.

Wie es bei Stricks in den Vereinigten Staaten unter ihrer als vorbildlich bezeichneten „höchst demokratischen“ Regierung zugehen kann, schildert der schwedische „Socialdemokrat“ in folgender Weise:

Notizen.

Zum Direktor des Instituts für Infektionskrankheiten „Robert Koch“ wurde Prof. J. Reusfeld, bisher Abteilungsleiter an der gleichen Anstalt, ernannt.

Wer hat den „Eisernen Hindenburg“ auf dem Gewissen? Der Kaiserstreik um den Eisernen Hindenburg von Berlin ist durch Urteil des Landgerichts I zugunsten des Wildhauers Georg Marshall entschieden.

Ein technischer Literatur-Kalender soll anfang 1918 erscheinen. Er wird als ein Gegenstück zu Kürschners Deutschen Literatur-Kalender die technisch-literarische Produktion lebender Schriftsteller des deutschen Sprachgebietes nachweisen.

Anders wurde ganz außer Atem über diesen kleinen Vorgeschmack davon, selber Hand anzulegen, und ein überströmendes Glückgefühl packte ihn, als er Hjatriid drüben am Fenster stehen sah, verlegen und gleichsam ängstlich; er lief zu ihr hin, nahm sie wieder in seine Arme und presste sie an sich.

„Willst Du denn das nicht, Hjatriid — an einem von den nächsten Tagen — wir können gewiß den Pfarrer dazu bringen, uns zu Hause auf dem Hjerrehof zu trauen?“ flüsterter er.

Aus der Wohnstube hörte man ein ziemlich lautes und eifriges Gespräch, das kein Ende nehmen zu wollen schien; es beruhigte sie, so daß sie sich Zeit ließen, — aber als sie endlich hineingingen, stellte es sich heraus, daß nur der Pfarrer und Madam Walling sich in der Stube befanden; sie begriffen nun, wer sich die lauten Worte geleistet hatte.

„Wo ist Kirstine geblieben?“ fragte Hjatriid. „Ich denke, sie ist genau da, wo Ihr Bruder ist,“ sagte Madam Walling. „Ja, ich muß wirklich sagen, wenn das herauskommt, wozu Sie den Pfarrhof gebrauchen, — dann kann Pastor Steffen sen. ebensogut seinen Abschied nehmen, — und dann stehen wir da —“

„Aber könnten Sie nicht hinausgehen und sie suchen und sie wieder herbringen, Madam Walling?“ sagte der Pfarrer.

„Und dann soll man es obendrein ertragen, von den Fremden behandelt zu werden, wie wenn —“ Auch beim Abendessen wurde anfangs nicht gerade viel gesprochen. Aber die Stimmung war doch überaus verschieden gegen früher. Es war nicht schwer zu merken, daß die meisten der Teilnehmer dieser Mahlzeit in der Zwischenzeit Dinge erlebt hatten, die von der größten Bedeutung für sie waren.

(Fortf. folgt.)

